

2

Pariser Kommune
150 Jahre lang Vorbild: Vive la Commune - Lang lebe die Weltrepublik!

3

Rote Hilfe
Ein Rückblick auf das Jahr 2020 im Ausnahmezustand und die neue Normalität

4

FAU Berlin
Kämpfen da wo die großen DGB-Gewerkschaften nicht sind

4

Aktion Arbeitsunrecht
Betriebsratsarbeit in der Plattform-Ökonomie



5

Wedding
Organisiert kämpfen da wo das Leben ist - auch im Pandemie-Alltag

6

BMG Lichtenberg
Die Bezirksgruppe der Berliner MieterGemeinschaft stellt sich vor

7

Padovicz-Watch-Blog
"Kennen Sie Jori Padovicz?"
Unser Enteignungskandidat für 2021

8

Bloque Latinoamericano
Migrantischer Widerstand in Berlin und Brandenburg

8

SoLaWi
Mit Solidarischer Landwirtschaft gegen Netzwerke der völkischen Bewegung

9

Women Defend Rojava
Die Frauenrevolution wird die Menschheit befreien

9

Frauen*Kommune
Selbstorganisation, Selbstschutz und der Aufbau von realer Gegenmacht

10

Anton-Saefkow-Haus
Neue Initiative zum Aufbau eines Sozialen Zentrums in Ostberlin

10

Lichtenberg
Über den Wechsel aus Friedrichshain und neue politische Arbeit in Ostberlin

14

Migrantifa Berlin
Entwicklungen und Perspektiven migrantischer Selbstorganisation

14

Neukölln
Kiezspaziergänge für eine solidarische Nachbarschaft von unten

15

EZLN
Geplanter Besuch einer mexikanischen Delegation in Europa im Sommer 2021

15

Griechenland
Ein Land in der Pandemie
Überall Polizei, nirgendwo Intensivstationen

16

Aufruf zur revolutionären 1. Mai Demo 2021 in Berlin

Kommunaler Widerstand gegen die Krise

Redaktion

Ein Jahr weltweiter Corona-Pandemie liegt hinter uns. Ein Jahr, bestimmt durch „Lockdown“ und Unsicherheit. Ein Jahr, dass immense Gewinne für wenige und Verzweiflung für Milliarden, rasante Umweltzerstörung, weitere Kriege und Unterdrückung brachte. Ein Jahr, dass die Gewalt und Morde an Frauen weltweit weiter steigen ließ.

An diesem Punkt setzen wir an und wollen in unserer Zeitung die Frage aufwerfen, wie eine politische Strategie von links und unten in dieser Zeit aussehen kann. Wir wollen die wichtige Basisarbeit in Stadtteilen und in Betrieb vorstellen, internationalistische Gruppen zu Wort kommen lassen, die praktisch gegen den globalen Kapitalismus viele Brücken quer durch die Welt schlagen. Wir stellen den Kampf von Frauen gegen Gewalt und Feminizide vor. Und wir berichten über den Aufbau von Gegenmacht, also der Macht der Vielen gegenüber der Macht der Wenigen.

Das Frühjahr 2021 gibt uns auch die Möglichkeit an große Kämpfe gegen die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zu erinnern und Kraft und Ideen aus ihren Erfahrungen zu schöpfen. Dieses Jahr jährt sich nicht nur die große Pariser Commune zum 150. mal, sondern auch der mitteldeutsche Aufstand von 1921. Wir wollen als Sozialist*innen daran erinnern, dass wir alle auch heute noch in der Tradition der vielfältigen Erfahrungen der weltweiten Arbeiter*innenbewegung, der anti-kolonialen Kämpfe und der Kämpfe von Frauen gegen das patriarchalische System stehen. Diese Tradition ist zugleich Verantwortung und Rückhalt für die Klassenkämpfe die notwendigerweise folgen werden.

Die Auswirkungen der Corona- und Wirtschaftskrise zahlen wir alle in unterschiedlichem Ausmaß bereits. Das bis zum Kollaps überlastete seit Jahren kaputt gesparte Gesundheits- und

Pflegesystem. Nicht nur in den Städten gerade auch in der Provinz. Der deutliche Anstieg von häuslicher Gewalt, die wiederkehrende Mehrfachbelastung von Kindererziehung, Haushalt und Lohnarbeit die im letzten Jahr vor allem auf dem Rücken von Frauen abgeladen wurde. Das tägliche Gesundheitsrisiko dem sich all diejenigen aussetzen müssen, die sich trotz Pandemie seit mehr als einem Jahr jeden Tag in die vollen Bahnen zur Arbeit quetschen müssen, aber ihre Verwandten und engen Freunde nicht sehen dürfen. Jobverlust, Kurzarbeit, weiter steigende Mieten in den Großstädten damit die Renditen der Immobilienkonzerne steigen können. Die Liste ließe sich weiter fortsetzen. Diesem Klassenkampf von oben müssen wir den Kampf ansagen.

Diese Zeitung soll auch zur Veränderung anstiften. Der einzig fruchtbare Kampf gegen das patriarchalische System, die weltweite Umweltkatastrophe und den zerstörerischen Neoliberalismus ist der Kampf in und mit der Basis, unserer Klasse, der Ausgebeuteten und Unterdrückten. An diesem Kampf müssen sich alle beteiligen, den er ist alternativlos. Möglichkeiten wie sich alle einbringen können gibt es unzählige. Diese Zeitung soll auch aufrufen in der Tradition des revolutionären 1. Mai aktiv zu werden, nicht auf die hohlen Versprechungen der Regierungen und ihrer selbsternannten „Opposition“ zu vertrauen. Sozialistische globale Veränderungen entscheiden sich nicht an der Wahlurne sondern auf den Straßen, Gassen, Pfaden und Routen der Kämpfenden für eine menschliche Welt. ☆

WARNSTREIKS
ANNO 1871

Lower Class Magazine
low budget underground journalism - von der straße für die straße
www.lowerclassmag.com

Die Pariser Kommune ist unser Vorbild

Am 18. März 2021 ist es genau 150 Jahre her, dass in Frankreich die Pariser Commune ausgerufen wurde.

Redaktion

Die Commune hat als eines der ersten Beispiele einer proletarischen Revolution bis heute eine hohe Symbolkraft und dient uns als Exempel für weitere Aufstände und Revolutionen; nicht zuletzt aus diesem Grunde beziehen wir uns mit dem Namen "Kiezkommune" explizit auch auf die französischen Kommunard_innen.

Frankreich befand sich im Jahre 1971 bereits seit Monaten im deutsch-französischen Krieg, im September 1870 wurde bereits zum dritten Male die Republik ausgerufen. Im März 1871 drohte dann die Unterwerfung des Preußentums, die Übergangsregierung in Bordeaux befand sich in Kapitulationsverhandlungen, Paris war von preußischen Truppen umlagert. Die Menschen waren kriegsmüde, aber entschlossen, sich nicht widerstandslos der Unterwerfung hinzugeben, und die bourgeoise Regierung war verhasst. Diese explosive Situation führte dazu, dass der Pariser Commune zahlreiche Streiks und Klassenkämpfe im ganzen Land vorangingen und bereits in Lyon, Marseille, Bordeaux, Le Creusot, St. Etienne und anderen Ortschaften "Revolutionäre Kommunen" ausgerufen wurden, die jedoch in den meisten Fällen schnell zerschlagen wurden.

In Paris unterdes entstand durch die abwesende Regierung während des Krieges ein Machtvakuum, das unter anderem in regem politischen Treiben verschiedenster revolutionärer und proletarischer Kräfte mündete. So gab es eine aktive Pariser Sektion in der ersten Internationale und wenige Tage nach Ausrufung der Republik im September 1870 wurden in fast allen Stadtteilen "Komitees der republikanischen Wachsamkeit" gegründet, die (sämtlich männliche) Vertreter in das ebenfalls dann gegründete "Zentralkomitee der 20 Arrondissements von Paris" entsendeten.

Diesen Rat einte vor allem die Ablehnung der aktuellen Regierung und einigte sich in ihren zentralen Forderungen: freie Wahlen, Aufhebung der zentral geleiteten Polizei, kommunale Listung und Rationierung aller Lebensmittel und Presse- und Versammlungsfreiheit. Diese Vertreter waren hauptsächlich in drei Gruppen vertreten: die Blanquisten, die eine revolutionäre Diktatur nach dem Vorbild Louis-Auguste Blanquis anstrebten; die Neojakobiner, die eine Republik nach dem Vorbild von 1789 befürworteten; und die Föderalisten, die nach den Ideen Prudhons und Bakunins einen antiautoritären Sozialismus vertraten. Weiter beschloss die Nationalgarde in dieser Zeit, ihre Offiziere nunmehr selbst zu wählen und einen Soldatenrat zu gründen: das Zentralkomitee der Nationalgarde von Paris.

Aus Angst vor dieser neuen politischen und bewaffneten Kraft und in Vorbereitung auf die bevorstehende Kapitulation beschloss die Nationalversammlung, die Nationalgarde zu entwaffnen. Am 17. März 1871 marschierten regierungstreue Truppen in Paris ein, um den Beschluss der bürgerlichen Regierung durchzusetzen. Die Nationalgarde jedoch wurde von Arbeiterinnen gewarnt und das Bestreben ins Gegenteil gekehrt: die reaktionären Kräfte wurden von Zehntausenden aus der Stadt gejagt, das

Rathaus und die Polizeipräfektur von Revolutionär_innen besetzt, der Zentralrat wurde erweitert und übernahm die provisorische Übergangsregierung. Die Kommune war ausgerufen.

Die Commune von Paris bestand 72 Tage. 72 Tage reichen nicht aus, damit sich eine Revolution vollends entfalten kann, weswegen zwar viele Dekrete verfasst, jedoch größtenteils nicht umgesetzt werden konnten. Hinzu kam, dass die ideologischen Differenzen zwischen den Revolutionär_innen im Zentralrat zur Spaltung dessen

führten. Der Geist der Kommune aber, unter anderem dessentwegen sie bis heute eine so große Symbolkraft besitzt, fand sich ohnehin vor allem im alltäglichen Leben, bei den einfachen Massen. Menschen, denen diese Form von Teilhabe vorher verwehrt war, partizipierten an Versammlungen, Demonstrationen, Debatten, Fabrikbesetzungen und Enteignungen.

Vor allem Frauen ergriffen die Chance, organisierten sich unter- und miteinander, hielten Reden und Versammlungen ab und setzten ihr Recht auf ge-

sellschaftliche und politische Teilhabe in die Tat um. Die Rache der Burgeoisie war hart. Das als "Blutwoche" in das kollektive Gedächtnis eingebrannte Gemetzel begann mit dem 21. Mai, an dem regierungstreue Truppen auf Befehl der Thiers-Regierung in Paris einmarschierten.

Diese stießen auf erbitterten Widerstand seitens der Pariser Bevölkerung und es brauchte sieben Tage, bis sie die Stadt einnehmen konnten. Zehntausende Kommunard_innen bezahlten für ihren Kampf mit ihrem Leben,

Zehntausende weitere kamen in den Knast oder wurden verbannt.

Wir möchten uns in diesem Jahr gemeinsam daran erinnern, dass wir als Arbeiter_innen, als Frauen, als Unterdrückte und als Revolutionär_innen auf eine jahrhundertelange Geschichte aus sozialen Kämpfen, Widerstand, Revolten und Revolutionen zurückblicken können. Es gilt, diese Geschichte zu erinnern, weiterzutragen und aus ihren Fehlern und Erfolgen zu lernen - für all das, was noch kommt. ☆

BUCHTIPP

Vive la Commune! Was die Pariser Kommune uns lehrt – 150 Jahre danach

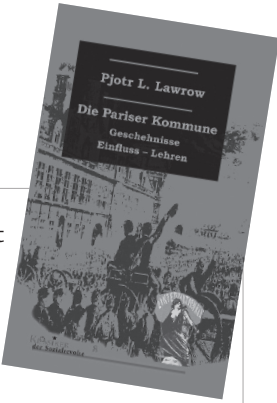
Pjotr Larowitsch Lawrow

Die Pariser Kommune von 1871 ist im Jahr 2021 weiterhin für viele von uns ein Bezugspunkt der Hoffnung. Die Kommune hatte große Wirkung auf die verschiedensten Fraktionen der politischen Linken, damals wie heute. Diesen enormen Einfluss der Kommune beschreibt auch Pjotr L. Lawrow (1823-1900) in seinem Text „Die Pariser Kommune. Geschehnisse – Einfluss – Lehren.“ Seine Arbeit beruht auf Vorträgen, die er in den Jahren 1879/1880 für Exil-Revolutionäre aus Russland hielt.

Lawrow war in Russland in der Bewegung der Narodniki aktiv, wofür er 1866 nach Sibirien verbannt wurde. Nach seiner Flucht kam Lawrow Ende 1870 nach Paris und schloss sich einer Sektion der Internationalen Arbeiter-Assoziation, der ersten Internationale an. Er verfolgte die Ereignisse der Kommune-Tage vor Ort als Korrespondent der Brüsseler Zeitung L’Internationale.

Den Hauptteil des Textes nimmt eine detaillierte Beschreibung der Geschehnisse während der Pariser Kommune ein. Lawrow wertet sehr gewissenhaft das zeitgenössische Material aus und kann dadurch ein sehr deutliches Bild der konkreten Vorgänge darstellen. So werden zum Beispiel einzelne Sitzungen des Rates der Kommune nachgezeichnet, wodurch die Konflikte innerhalb der Kommune erst so richtig

verständlich werden. Im Anschluss geht Lawrow auf den Einfluss ein, welchen die Kommune bereits im Jahrzehnt seit ihrer Zerschlagung hatte. Zum Schluss zieht er zentrale Lehren aus den Ereignissen der Pariser Kommune.



Insbesondere die Kritik an fehlender Organisation und Struktur der revolutionären Sozialist*innen sowie seine Beschreibung, wie sich dieses Fehlen auf die Kommune ausgewirkt hat, zieht sich als Grundgedanke durch den Text. Denn, so schreibt Lawrow: „Es ist für gewöhnlich zu spät, wenn man die Partei im Kugelhagel des Feindes organisiert, in der tobenden Schlacht, zu einem Zeitpunkt, in dem man sich mit anderen Parteien politisch auseinandersetzen muss, die vorbereitet und organisiert sind.“ Daneben zieht er noch weitere Schlüsse, die noch heute eine enorme Relevanz für den Aufbau der revolutionären Partei haben.

Lawrows „Die Pariser Kommune“ empfiehlt sich für alle, die sich einen detaillierten Überblick über die Ereignisse aus der Perspektive eines Revolutionärs wünschen, der dabei gewesen ist, und für alle, die konkrete Lehren aus dem ersten gelungenen Ansatz einer Diktatur des Proletariats in Europa ziehen wollen.

Pjotr Larowitsch Lawrow
Die Pariser Kommune
Geschehnisse - Einfluss - Lehren
Erschienen im Unrast Verlag
232 Seiten
14,00 Euro

BUCHTIPP

Die Einigung des revolutionären Proletariats im Bolschewismus

Erich Mühsam

Erich Mühsam ist einer der markantesten und literarisch fruchtbarsten Vertreter des kommunistischen Anarchismus in Deutschland gewesen. 1918 war er führend an der revolutionären Massenerhebung in München als radikaler Verfechter des Rátesystems beteiligt. Er prägte als populäre Leitfigur den Verlauf der Revolutionsergebnisse bis zur Bayerischen Räterepublik mit Reden, Aufrufen und Programmen. Am 13. April 1919 wurde er verhaftet und zu 15 Jahren Festungshaft verurteilt. In dieser Zeit entsteht der Entwurf eines proletarisch-revolutionären Einigungsprogramms »Die Einigung des revolutionären Proletariates im Bolschewismus«.

Mühsams Schrift zielt damit auf das Herz der Revolution: die Diktatur des Proletariates und den Streit zwischen KommunistInnen und AnarchistInnen darüber.

Die »Diktatur des Proletariats« ist ein zentraler Begriff des Marxismus. Er bringt das Programm des revolutionären Klassenkampfes auf den Punkt. Lenin beschreibt die Diktatur des Proletariates als »Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter, d.h. ihr Ausschluss von der Demokratie«. Er betont, dass kein

besonderer Apparat dafür notwendig sein würde, sondern es genüge »die einfache Organisation der bewaffneten Massen (in der Art der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten)«. In weiteren Abschnitten seiner Schrift »Staat und Revolution« eilt Lenin der Entwicklung seiner Zeit weit voraus und schildert eine Zukunftsgesellschaft basisdemokratischer Prägung, deren Gegenteil sich in der Stalin-Ära entwickelt.

Der Begriff der Diktatur hat bei AnarchistInnen stets großes Misstrauen erweckt. Erich Mühsam arbeitet in seiner Einigungsbroschüre heraus, dass der Rätegedanke den Inhalt der Diktatur des Proletariates geklärt hat und so die Brücke zwischen Anarchismus und Marxismus geschlagen wurde. Dass selbst Bakunin als einer der einflussreichsten Denker, Aktivisten und Organisatoren der anarchistischen Bewegung eine solche revolutionäre Diktatur keineswegs abgelehnt hat weist Mühsam an zahllosen Stellen seiner Schriften und Handlungen nach.

Erich Mühsam
Die Einigung des revolutionären Proletariats im Bolschewismus
Erschienen im Unrast Verlag
240 Seiten
14,00 Euro



Der ganz normale Ausnahmezustand

Das Jahr 2020 war ein Jahr des Ausnahmezustandes. Auch für die Linke, schließlich sind die vielen Gründe, sich gegen die bestehende Gesellschaftsordnung aufzulehnen in der Pandemie.

Rote Hilfe Ortsgruppe Berlin

Das Jahr war 2020 war ein Jahr des Ausnahmezustandes. Auch für die Linke, schließlich sind die vielen Gründe, sich gegen die bestehende Gesellschaftsordnung aufzulehnen in der Pandemie nicht einfach weggegangen. Vielmehr haben sich Ungerechtigkeit und Unterdrückung noch verschärft. Die Krise der Pandemie geht wie nebenbei auch mit einer massiven Wirtschaftskrise1 einher, die die globale Finanzkrise 2008/2009 in vielerlei Hinsicht in den Schatten stellt. Das ganze ist verbunden mit einer massiven Ausweitung repressiver Maßnahmen durch den Staat und seiner Behörden: Die innereuropäischen Grenzen sind geschlossen, Polizist*innen können Arme und Marginalisierte noch konsequenzenloser schikanieren und zum ersten Mal seit Ende des Zweiten Weltkrieges gehören Ausgangssperren wieder zum Alltag in Europa.

Das alles wird von der breiten Masse der Bevölkerung und auch von den meisten Linken mehr oder weniger stoisch hingenommen. Offenbar herrscht bei vielen Menschen der Glaube vor, dass Ausnahmezustand auch Ausnahme bedeutet. Soll heißen: Sobald sich das mit der Pandemie erledigt hat, ist es auch mit sozialer Krise und exzessivem Sicherheitsstaat vorbei. Die Hoffnung scheint zu sein, dass die Sicherheitsbehörden ihre lieb gewonnenen neuen Herrschaftsinstrumente von ganz alleine wieder aufgeben werden, sobald sie nicht mehr »notwendig« sind. War ja nur eine Ausnahme.

Das Problem dabei ist, dass die Repressionsbehörden nicht das geringste Interesse daran haben, ihre schönen neuen Spielzeuge jemals wieder abzugeben. Vielmehr wird nach der Devise verfahren: »Die Ausnahme von heute ist die Normalität von morgen«. Beispiele dafür finden sich zur Genüge.

Die Otto-Kataloge

Da wären die »Otto Kataloge« I und II. Das ist eine Reihe von Gesetzesänderungen aus dem Jahr 2002, benannt nach dem damaligen SPD-Innenminister Otto Schily. Mit diesen Gesetzen wurden, neben einer Reihe anderer Schweinereien, die Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten zur technischen Überwachung und Verfolgung von »verfassungsfeindlichen Bestrebungen im Inland« massiv ausgeweitet. Die Hürden für massive Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung und Persönlichkeitsrechte wurden durch die Otto-Kataloge lächerlich niedrig gelegt. Eine »verfassungsfeindliche Bestrebung« kann nämlich im Grunde alles sein, was der herrschenden Klasse gerade nicht in den Kram passt. Die Anwendung oder auch nur das Aufrufen zu (Gegen)gewalt ist nicht nötig, die »Bestrebung« genügt. Vom Demonstrationsaufruf gegen Naziaufmärsche bis zur Hinterfragung der bestehenden Eigentumsordnung im Parteiprogramm kann jede widerständige Tätigkeit oder Äußerung ausreichen um zum potentiellen Verfassungsfeind erklärt zu werden.

Die »Otto-Kataloge« waren eines der umfangreichsten Sicherheitsgesetze, die jemals in der BRD verabschiedet wurden. Eigentlich hätte dieser selbst



Otto Schily - Law and Order als sozialdemokratische Werte

für die Regierung Schröder außerordentlich dreiste Angriff auf die Grundrechte noch die gemütlichsten Datenschützer*innen, und jede*n Linke*n sowieso, auf die Barrikaden

Lebenslauf: Otto Schily

- Anthroposophische Erziehung
- Anwalt für Grundstücks- und Erbschaftsangelegenheiten
- Liberaler im SDS
- Wahlverteidiger der RAF
- Im Anschluss Funktionärskarussell:
 - Zuerst mit den Grünen dann mit der SPD
- Bundesinnenminister a.k.a Big Brother mit Schwerpunkt Aushöhlung des Datenschutzes
- Danach Aufsichtsrat und Unternehmensberater für Bank- und Immobilienunternehmen
- Heute Freund italienischer Lebensart mit Villa in der Toskana

treiben müssen. Der Widerstand hielt sich allerdings stark in Grenzen. Proteste wurden ignoriert und die Gesetze wurden innerhalb von drei Monaten in Kraft gesetzt. Wie konnte das passieren? Ganz einfach: Es war nur eine Ausnahme. Der offizielle Titel der Otto-Kataloge war »Terrorismusbekämpfungsgesetz« und wurde im Kontext der Panik verabschiedet, die die islamistischen Anschläge am 11. September 2001 in New York verursacht hatten. Die westliche Welt war mal wieder im Ausnahmezustand. Mit der Jagd auf sogenannte »Terroristen« fand von Folter bis Angriffskrieg jede noch so menschenverachtende Tat der Herrschenden und ihrer Handlanger*innen ihre ideologische Rechtfertigung. So auch die neuen Terrorgesetze.

Ursprünglich waren die Otto-Kataloge auf fünf Jahre befristet, mit der Begründung, dass sich der durch die abstrakte Gefahr von Terroranschlägen bedingte Ausnahmezustand irgend-

wann ja auch legen würde. Stattdessen wurde die Frist immer wieder verlängert. Im Juli 2020 hat das Bundesinnenministerium nun angekündigt, das Antiterrorgesetz um die Einführung von Staatstrojanern für Geheimdienste erweitern und endgültig entfristen zu wollen.

Pfefferspray

Die Regel »Heute Ausnahme, morgen Normalität« gilt aber nicht nur für die Gesetze, sondern auch für die alltägliche Praxis von Polizei und Geheimdiensten. Ein gutes Beispiel dafür ist der Umgang mit Pfefferspray. Heutzutage ist es für Menschen, die öfter auf Demonstrationen gehen, nicht ungewöhnlich zu sehen, dass Bullen anfangen wild mit Pfefferspray um sich zu sprühen, sobald sich die kleinste Ungemütlichkeit für sie einstellt. Allein im Zuge der Proteste gegen den Castor Transport im Jahr 2010 wurden fast 2.200 Kartuschen mit jeweils 500 einem halben Liter Pfefferspray auf Demonstrant*innen versprüht.

Der Einsatz von Pfefferspray auf Demonstrationen ist in Deutschland so normal wie Nazistrukturen in Sicherheitsbehörden.

Die massiven gesundheitlichen Schäden bis hin zum Tod, die der Einsatz von Capsaicin, dem Wirkstoff von Pfefferspray, bei Betroffenen verursachen kann, wird von der bürgerlichen Presse bagatellisiert und kleingeredet. Dabei wird gerne vergessen, dass bei der Einführung von Pfefferspray für die deutschen Polizeien im Jahr 2002, in aller Breite davon geredet wurde, dass Pfefferspray ja nur eingesetzt werden dürfe, wenn dies »zwingend erforderlich« sei. In anderen Worten: im Ausnahmefall. Diese schwammige Formulierung für eine Ausnahmesituation haben sich die Bullen seither zunutze gemacht, um den Einsatz von chemischen Kampfmitteln gegen Demonstrant*innen oder Menschen, die sich ihnen irgendwie widersetzen, zum Normalzustand zu machen.

Die BFE

Auch die zurecht verhassten Beweisicherungs- und Festnahmeeinheiten (BFE) der Bullen wurden in Berlin ursprünglich vor dem Hintergrund eines vermeintlichen gesellschaftlichen Ausnahmezustandes eingeführt, nämlich dem 1. Mai 1987 in Kreuzberg. Die gesellschaftliche Gegenmacht um den 1. Mai 1987 hatte beim damaligen Innensenator Wilhelm Kewenig das Bedürfnis geweckt, seine Unterlinge systematisch für die Unterdrückung von Widerstand auf der Straße auszubilden und auszurüsten. Das Resultat war der BFE-Vorgänger mit dem Namen »Einheit für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training« (EbLT). Die Einheit fiel allerdings durch Gewaltexzesse schnell in öffentlichen Misskredit. Beim 1. Mai 1988 verprügelten sie sogar versehentlich ihren eigenen Vorgesetzten, den für Berlins Geschlossene Einheiten zuständige Polizeidirektor Manthey. Der Druck durch die Öffentlichkeit war schließlich so groß, dass die EbLT 1989 wieder aufgelöst wurde. Teilweise gingen ihre Mitglieder in die für Kreuzberg zuständige 23. Einsatzhundertschaft, teilweise waren sie am Aufbau des Unterstützungskommandos (USK) in Bayern beteiligt, einer der ersten »richtigen« BFE-Einheiten. Für die Gewalttaten der EbLT verurteilt wurde natürlich kein*e einzige*r Beamte*r. Heute sind die Straßenschläger*innen der BFE auch in Berlin von linken Demos kaum noch wegzudenken. Ein gutes Beispiel dafür, wie repressive

Instrumente durch gesellschaftlichen Druck im staatlichen Werkzeugkasten verschwinden können, nur um später wie nebenbei und ganz selbstverständlich wieder hervorgezogen zu werden. Ausnahmezustand für immer und ewig?

Die Liste an Beispielen dafür, wie der bürgerliche Staat Ausnahmezustände jeder Art verwendet, um repressive Tatsachen zu schaffen, ist lang. Sie reicht von den Notstandsgesetzen aus dem Jahr 1968 über die Terrorparagraphen 129ff StGB – einmal mit dem §129a als Lex RAF im Jahr 1976 und einmal mit dem §129b im Zuge der Terrorgesetze im Jahr 2002 – bis zur massenhaften Gesichtserkennung beim G20-Gipfel in Hamburg im Jahr 2017. Gesellschaftliche Krisen oder was als solche wahrgenommen wird werden schon lange gezielt und systematisch verwendet, um bestehende Herrschaftsverhältnisse zu verfestigen und auszuweiten.

Der exzessive Sicherheitsstaat wird sich mit dem Ende der Pandemie nicht von allein abschaffen. Genauso wenig wird die durch die Pandemie verursachte soziale und wirtschaftliche Krise einfach so zu Ende gehen. Die herrschende Klasse wird aller Wahrscheinlichkeit nach alles dafür tun, damit nicht sie, sondern die unteren Klassen und gesellschaftlich Marginalisierte die Zeche für die kommenden Krisen zahlen müssen. Vor dem Hintergrund der Pandemiebekämpfung eingeführte Sonderrechte für Polizei, Justiz und Geheimdienste werden für die Herrschenden dabei viel zu nützlich sein, um sang- und klanglos mit dem Ende der Pandemie wieder zurückgenommen zu werden. Damit ist nicht gemeint, dass wir von jetzt an für immer und ewig mit permanenter Ausgangssperre und Grenzkontrollen rechnen müssen. Allerdings ist jetzt, wo der sprichwörtliche Hammer einmal gefunden ist, ist zu befürchten, dass die repressiven Staatsapparate plötzlich überall Nägel sehen werden. Schließlich waren viele der heute angewendeten Maßnahmen in der Vergangenheit beim bürgerlichen Staat nicht nur als Mittel zur Seuchenbekämpfung beliebt, sondern auch als Mittel zur Aufstandsbekämpfung und Migrationskontrolle.

Wir als Linke wären also gut daran beraten schon jetzt ein kritisches Auge auf die kommende neue Normalität der Repression zuwerfen. ☆

Rote Hilfe e.V. | Ortsgruppe Berlin

c/o Stadtteilladen Lunte
Weisestraße 53
12049 Berlin
Tel.: +49 (0)30 - 62 72 25 77
E-Mail: berlin@rote-hilfe.de

Beratungsstellen

Neukölln:
Wedding:
Kreuzberg:

Stadtteilladen Lunte (Neukölln), Weisestraße 53
Scherer 8, Schererstraße 8
Müßiggang, Oranienstr. 14a

jeden Mittwoch 18.30 bis 19.30 Uhr
jeden Dienstag um 19 Uhr
jeden 2. & 4. Donnerstag um 18 Uhr

Spendenkonto:

Rote Hilfe e.V.
GLS-Bank
IBAN: DE55 4306 0967 4007 2383 17
BIC: GENODEM1GLS

FAU Berlin – Die kämpferische Gewerkschaft

Als Freie Arbeiter*innen-Union Berlin waren wir in den 2010er Jahren häufig etwas die Lückenbüßer-Gewerkschaft. Unsere Mitglieder und Kämpfe bewegen sich da, wo die großen DGB-Gewerkschaften nicht sind.

Allgemeines Syndikat Berlin

Wenig überraschend ist es in den Lücken während der Corona-Krise teils besonders ungemütlich. So sind unsere Beratungsfälle zur gewerkschaftlichen Unterstützung 2020 durch die Decke gegangen. Teils waren die Termine auf zwei Monate ausgebucht. Für viele drängende Fragen ist das natürlich eine viel zu lange Wartezeit. Teils haben wir unser Beratungsterminangebot verdoppelt. In einer Laienorganisation, bei der die Aktiven das neben ihren Brot-Jobs (und ihrer eigenen Corona-Krise) machen, ist das aus dem Stand aber kaum durchhaltbar.

Konkret hatten wir beispielsweise gleich mehrmals mit den Bahnhofsbäcker-Ketten Scoom und Cuccis zu tun. Diese nutzten die Krise wohl, um ihre allgemein mäßige Lohn-Zahlungsmoral mal so richtig an ihren prekären Beschäftigten auszuleben. Bei solchen Fällen können wir oft weiterhelfen.

Leider bleibt die Verteidigung dagegen während der Kontaktbeschränkungen auf einer juristischen Ebene, also ohne sichtbare Aktionen und Aktivierung der Kolleg*innen. Dabei ist es lächerlich, wie viel Arbeitende in den aktuellen Machtverhältnissen strampeln müssen, um zumindest das Magere zu bekommen, was ihnen laut Vertrag doch theoretisch längst zusteht. Unser Bonner Schwestersyndikat rotierte wochenlang, damit Erntehelfer*innen aus Rumänien in Bornheim an ihre Kohle gelangen.

Häufig kommen wir zu spät. Wenn Bosse erstmal losgelegt haben, einen kritischen Angestellten loszuwerden oder ein Unternehmen umzustrukturieren, dann kann man ohne bereits organisierte Belegschaft nur selten etwas erreichen. Erst recht, wenn solche Sauereien im Windschatten einer globalen Krise geschehen. Darum ist unser Anspruch, Strukturen in Be-

trieben zu schaffen, mit denen wir auf Angriffe vorbereitet sind.

2020 haben wir uns stärker intern gegenseitig unterstützt. Zum Beispiel hatten wir einen Solifonds, um Kolleg*innen in ökonomischen Notlagen aufzufangen, und eine Jobbörse, um uns bei der Jobsuche zu unterstützen. Unser Ziel dabei ist nicht, den Kapitalismus erträglicher zu machen. Wir wollen uns gegenseitig die Stabilität geben, damit wir uns trauen können, wirklich für bessere Verhältnisse einzutreten.

Wir führen unsere Kämpfe basisdemokratisch. In der Vergangenheit waren physische Versammlungen die zentrale Ebene dieser Demokratie. Zugleich setzt die FAU schon lange auf eigene solide IT-Infrastruktur, um auch asynchron und überregional kommunizieren zu können. Während der Lockdowns erwies es sich als gro-


ßer Vorteil, schnell Videokonferenzen und Abstimmungen auf eigene Server verlegen zu können und so handlungsfähig zu bleiben. Das Jahr hat unseren Wandel hin zu Online-Basisabstimmungen und geografisch verteilten Betriebsgruppen beschleunigt. Das ist alles Fluch und Segen. Zum Beispiel für neue Mitglieder ist es im Digitalen leichter, sich in laufende Diskussionen und Projekte einzulesen, aber schwieriger, menschlichen Anschluss zu finden. Umso besonderer waren die wenigen Gelegenheiten, in denen wir uns doch in unserem Gewerkschaftslokal oder im Freien (mit eigenen FAU-Masken) treffen konnten.

Vielen Bossen war es vermutlich schon immer lästig, dass sie, um Profite zu machen, Arbeiter*innen in Betrieben zusammenbringen mussten, wo diese sich als Kolleg*innen anfreunden und auf wilde Ideen wie Tarifforderungen und Streiks kommen konnten.

Auch vor Corona hatte sich ein Trend der Isolation entwickelt: Immer mehr Whitecollar-Angestellte arbeiten dezentral remote, immer mehr Bluecollar-Arbeiter*innen schufteten dezentral von Apps gesteuert. Corona hat diesen Wandel hin zu Ausbeutung ohne räumlichen Betrieb beschleunigt. Das wird sich kaum zurückdrehen lassen. Umso wichtiger wird es, dass wir uns mit unseren Kolleg*innen auf Kanälen verbünden, die in unseren eigenen Händen sind.

Gerade das letzte Jahr hat uns wieder vor Augen geführt, dass die Politik ihr konkretes Krisenmanagement im Zweifel an Industrie und Pharma-Lobby ausrichtet – und nicht an den Arbeitenden. Wir müssen also besser darin werden, unsere Interessen selbst basisdemokratisch auszuhandeln und energisch durchzusetzen. Denn weder ist die Corona-Krise vorbei, noch wird sie die letzte Krise sein. ☆





FAU Berlin

Allgemeines Syndikat Berlin | Grüntaler Straße 24 | 13357 Berlin
(S+U Gesundbrunnen | S Bornholmer Straße | U8 Pankstraße | M13 Grüntaler Str.)
Tel: +49 (0) 30 287 008 04
Fax: +49 (0) 30 287 008 13
E-Mail: faub-kontakt@fau.org

Contact to foreigners' section
Mail: faub-aus@fau.org
Open meeting: Every 4th Tuesday of the month, 19:30.
Location: FAU office, Grüntaler Str. 24.

Regelmäßige Termine und Beratungen:

Infoveranstaltung: Offenes FAU-Lokal: Gewerkschaftliche Beratung:	FAU – Wie funktioniert das? Jeden 1. Freitag im Monat, 19 Uhr. findet vorläufig nicht statt immer am 2. und 4. Freitag im Monat, 18.30 Uhr – 19.30 Uhr. Anmeldungen bitte vorab per E-Mail an faub-beratung@fau.org.
MieterInnenberatung:	Jeden 4. Montag im Monat, 18 bis 19 Uhr. In Kooperation mit Rechtsanwältin Carola Handweg. Aktuell bis auf Weiteres abgesagt!
Offene Beratung für Kollektivbetriebe:	Siehe die Beratungs-Seite der union coop // föderation.

Sektionen: Bildung | Kultur und Medien | Gesundheit und Soziales | Foreign Members Section | Stadtsektion Potsdam

Lieferando und Wolt Die Lieferdienste boomen - Arbeitsunrecht auch

Die Corona-Pandemie kennt viele Verlierer. Zu den Gewinnern gehören Konzerne, die mit Online-Handel und Online-Diensten zu tun haben. Logisch: Restaurants und Geschäfte sind dicht, Kinos auch. Die Leute bestellen bei Amazon, Lieferando, Flaschenpost und gucken zuhause Netflix und Co.

Elmar Wigand | aktion ./ . arbeitsunrecht

Lieferando gehört zum niederländischen Konzern Just Eat Takeaway. Dessen Umsatz stieg 2020 um mehr als die Hälfte auf rund 2,4 Milliarden Euro. Die Fahrer_innen profitieren davon nicht. Sie hangeln sich am Mindestlohn entlang. Und auch die Restaurants sind unzufrieden, weil sie 30% pro Bestellung abdrücken sollen, die Lieferando ausliefert.

Derzeit ist der Markt wieder in Bewegung: Mit Wolt ist ein neuer Player in Berlin und fünf weiteren Städten angetreten. Das finnische Unternehmen sammelte im Januar 2021 frisches Geld ein: 440 Millionen kamen von

Iconiq Capital, der Investmentfirma von Facebook-Boss Mark Zuckerberg, an der auch Twitter-Chef Jack Dorsey, Ikea und Coca-Cola beteiligt sind. Wir dürfen also gespannt sein und angesichts solcher Namen mit dem Schlimmsten rechnen.

Erfolge im Kampf

Immerhin:Bei Lieferando entwickeln sich langsam aber stetig Betriebsräte -- auch gegen Union Busting (professionelles Fertigmachen) und juristische Trickereien des Managements. Demokratisch gewählten Gremien der Beschäftigten sind das wichtigste Mittel, um Willkür, Schikanen und

Regelverstöße am Arbeitsplatz einzudämmen. Rund die Hälfte der 38 Lieferando-Standorte in Deutschland werden inzwischen von Betriebsräten vertreten.

Zusammen mit der Arbeitsschutzbehörde Frankfurt am Main konnte der Betriebsrat im Frühjahr 2021 erzwingen, dass Lieferando für die Reparatur aller eingesetzten Fahrräder sorgen muss, auch der privat bereitgestellten. Das hat einen tragischen Hintergrund: Am 21. November 2020 tötete ein SUV in Frankfurt am Main einen Lieferando-Rider und einen Fußgänger. Jetzt machen die Betriebsräte Druck, dass Lieferando in allen deutschen Städten

die Sicherheit der Räder verbessert. Ein weiterer Erfolg: Die Betriebsräte konnten Trinkgeld retten, das die Fahrer_innen über eine App namens Tipping-Tool bekommen sollten. Das Geld drohte, irgendwo zu versickern. Jetzt wird es den Riders immerhin angezeigt.

Ein mieses Geschäftsmodell

Die Geschäftsmodelle von Amazon, Lieferando, Uber, AirBnB nennt man Plattform-Ökonomie. Die Plattform ist eine Verbindung aus Online-Portal, Bestellen und Liefern über Apps, Online-Bezahlung. Dahinter stehen US-amerikanische Cloud-Dienste.

Auch scheinbar unabhängige Anbieter wie Netflix und Zoom greifen am Ende zurück auf Computer-Clouds von Amazon (AWS), Google, Microsoft (Azure). Auch Lieferando arbeitet im Hintergrund mit Amazon und Microsoft.

Die Ausbeutung in der Plattform-Ökonomie fußt auf ständigem Kommen und Gehen der Beschäftigten und ihrer Vereinzelung. Du bist austauschbar, du kannst jederzeit ersetzt und ausgespuckt werden.

Semih Yalcin, Lieferando-Betriebsratsvorsitzender in Köln, sagt dazu: "Die Fahrer stehen außerhalb des Un-

ternehmens. Man hat nicht dieselben Vorteile wie ein Büromitarbeiter, man trägt eigentlich nur die Nachteile und die eigenen Kosten. Das sind die privaten Arbeitsmittel, die du reinbringst: dein Fahrrad, dein Smartphone, deine E-Mailadresse. Da gehst du in Vorleistung und übernimmst Kosten, die die Investoren hätten tragen müssen. Die Leute werden einfach abgekapselt vom Rest des Unternehmens. Wir sollen die Bestellungen fahren, nach Hause gehen und die Schnauze halten."

Dabei setzt die Plattform an die Stelle von herumkommandierenden Meistern und Vorarbeiter_innen (wie früher in der Fabrik) Algorithmen (Rechenformeln), Überwachung, Ranking. Du wirst von einem anonymen System getrackt, gescoret, belohnt und bestraft. Wenn du ein Problem hast, erreichst du niemanden, mit dem du reden kannst. Niemand ist verantwortlich, niemand weiß Bescheid. Die Plattform-Ökonomie will die Beschäftigten zu austauschbaren Kennziffern machen.

Semih: "Wenn Du eine Beschwerde hast, ein Anliegen, das oft vollkommen existentiell und berechtigt ist -- zum Beispiel: Ich habe zu wenig Lohn gekriegt! - dann schreibst Du eine E-Mail

und darauf wird nicht reagiert. Oder sie sagen: ‚Wir zahlen dir das mit der nächsten Abrechnung aus.‘ Aber es kommt dann nix. Das ist die Ungerechtigkeit: Die totale Intransparenz, in der wir arbeiten müssen."



Das Kölner Büro der aktion ./ arbeitsunrecht: Elmar Wigand, Jessica Reisner, Werner Rügemer.

aktion ./ arbeitsunrecht

Web: arbeitsunrecht.de

Podcast: arbeitsunrecht.de/fm-stream

Hier ähnelt das Schicksal der Fahrer_innen dem, was auch Mieter_innen von Deutsche Wohnen & Co. erdulden müssen.

Weiter mit Semih: "Es gibt in den Hubs [Radstationen] vor Ort zwar auch gute Koordinatoren, die sich wirklich kümmern. Aber deren Anweisungen widersprechen zum Teil sogar geltendem Recht. Da werden Schichten nicht bezahlt, Krankheitstage rausgenommen. Wenn du sie fragst, hey, warum ist mein Urlaubsgeld so niedrig, können die das oft gar nicht beantworten. Da hat irgendwie die Zentrale in Berlin ihre Finger im Spiel und sie selbst sind hilflos."

Außerdem schließt Lieferando seit einiger Zeit systematisch Hubs in kleineren Städten, um dort Betriebsratsgründungen zu untergraben. So soll Darmstadt angeblich mit Frankfurt am Main einen eigenen Betrieb darstellen -- was an der Realität völlig vorbei geht -- und daher keinen eigenen Betriebsrat wählen dürfen.

Die Lage der Rider ist insgesamt gar nicht mal schlecht - verglichen mit den Schattenseiten der deutschen Arbeitswelt. Sie sind immerhin öffentlich bekannt und sichtbar. Ihre Kämpfe

haben große Sympathie und eine Medien-Resonanz, von der Putzfrauen, Regaleinräumer_innen und Erntehelfer_innen nur träumen können.

Nur gemeinsam sind wir stark

Die Plattform-Ökonomie wird auch von DGB-Gewerkschaften wie der IG Metall und der NGG als Zukunftsbranche gesehen. Ein Labor der modernen Arbeit, das dringend zu demokratischen Umgangsformen gezwungen werden muss. Mit der FAU (Freie Arbeiter*innen-Union) steht zudem eine basisdemokratische Gewerkschaftsalternative in den Startlöchern, die Deliveroo in Berlin bereits die Zähne gezeigt hat. Und als gewerkschaftlich wie politisch unabhängiger Verein berät die aktion ./ arbeitsunrecht aktive Betriebsräte und Betriebsratsgründer_innen.

Ihr müsst eigentlich nur Kontakt aufnehmen und mit der Vernetzung beginnen! ☆

Arbeitsrechte stärken:

Mitglied werden.

arbeitsunrecht.de/mitglied

aktion ./ arbeitsunrecht

Organisiert kämpfen und aufbauen da wo das Leben ist Auch im Pandemie-Alltag

Seit Ende 2017 arbeiten wir nun im Stadtteil Berlin Wedding. Seit dem Herbst 2020 befinden wir uns in der Kiezkommune und Frauen*kommune Wedding in einer Phase der Reflektion und Umstrukturierung.

Kiezkommune Wedding

Unsere Ideen und Erkenntnisse wollen wir hier beschreiben denn so oder so ähnlich fanden auch in Magdeburg Stadtfeld bereits Diskussionen statt.

Grundlagen dieser Diskussion waren die erfolgreiche Eröffnung unseres eigenen Nachbarschaftszentrums und die bereits etwas länger zurückliegende Gründung der Frauen*kommune Wedding. Beides führte zum Wachstum der Struktur und zeigte aber neben diesen erfreulichen Effekten auch, dass unsere Organisationsweise im Wedding auf neue Füße gestellt werden muss. Hatten wir bereits im Sommer sowohl Workshops zum sogenannten "Community Organizing" als auch Diskussionen über unsere politischen Perspektiven begonnen, so führte die Existenz paralleler Strukturen in Kiez- und Frauen*Kommune teilweise dazu, dass wir doppelt arbeiteten.

Um dem Wachstum zu begegnen und auch um kleinere Treffen in Zeiten von Corona - sowohl online als auch real - zu vereinfachen, stellte sich die Kiezkommune neu auf und gründete anhand von Lebensbereichen aufgeteilte Kommissionen zu den Themen Bildung und Geschichte, Kultur und Soziales sowie Wohnen. Zur selben Zeit gründeten sich auch in der Frauen*Kommune solche Arbeitsgruppen. Jetzt gerade liegt unser Hauptaugenmerk auf dem Prozess der strukturellen Vereinigung der Kiezkommune mit der Weddinger Frauen*Kommune, unter Bewahrung autonomer Organisierung der Frauen*. Da beide Strukturen organisch gewachsen sind und eine Weile lang nebeneinander liefen ist dies keine leichte, aber eine

sehr fortschrittliche Aufgabe und wir spüren ein stetig wachsendes, genossenschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl und mehr Kraft für neue gemeinsame Projekte.

Neben diesen organisatorischen Fragen versuchten wir uns natürlich an einer dem Pandemie-Jahr-gerechten Praxis - hier folgt eine kleine Übersicht.

Nachdem der erste Schock Anfang des Jahres überwunden war, wandten wir uns mit Plakaten und Flyern an die direkte Nachbarschaft unseres Kiezladens, hier boten wir Unterstützung bei Einkäufen und anderen alltäglichen Notwendigkeiten an. Kontakt entstand dabei über eine von uns geschaltete Hilfe-Telefonnummer. Die Genoss:innen aus der Frauen*Kommune nahmen sich zusätzlich dem Thema der zu Lockdownzeiten weiter ansteigenden sogenannten "häuslichen" Gewalt gegen Frauen* an und klärten diesbezüglich die Nachbarschaft mithilfe von Flyern und mit Plakaten im öffentlichen Raum auf. Wichtig hierbei war vor allem die Verbreitung von Telefonnummern, an welche sich Opfer in Notfällen wenden können. Prinzipiell ging es darum, ein Schlaglicht auf die besonderen Belastungen von Frauen* im Lockdown und das Wiedererstarken "traditioneller" Rollenverteilungen in der klassischen Kleinfamilie zu werfen. Auch beteiligten sich die Genoss:innen an der Kampagne des Netzwerks gegen Feminizide zur Umbenennung des Weddinger Nettelbeckplatzes zum "Widerstandsplatz", einem öffentlichen Ort des Kampfes und der Erinnerung an alle unsere durch patriarchale Gewalt

getöteten Schwestern. (Joachim Nettelbeck war Sklavenhändler und nicht mal eine Parkbank hat es verdient seinen Namen zu tragen).

Auch unsere im Oktober mit einem Straßenfest in der Buttmannstraße zusammenfallende Ladeneröffnung musste unter besonderen Bedingungen stattfinden - dennoch fanden sich viele Nachbar:innen ein. So konnten wir gemeinsam einen schönen Tag verbringen und ein erster Eindruck unseres Kiezladens wurde vermittelt.

In unseren Kommissionen gingen im Folgenden die Überlegungen weiter, wie man mit Corona und den durch die Krise wachsenden sozialen Verschärfungen umgehen wird können. Es gab Unterstützung für die Aktion Hab-Ich-Saath von Wohnungslosen, welche im Winter eigenmächtig Häuser besetzten um auf ihre besonders beschissene Lage aufmerksam zu machen. In einer Zeit, wo von jedem Balkon ein 'Stay at Home'-Transparent hängt, aber trotz Leerstand immer noch Leute auf der Platte pennen müssen finden wir es wichtig darauf aufmerksam zu machen. Von uns wird hier auch ein Fokus auf die besonders prekäre Situation wohnungsloser Frauen* gelegt werden. Ebenfalls fanden thematische Stadtpaziergänge und Schnitzeljagden statt, Aktionsformen welche besonders im Sommer in Ermangelung vieler anderer Angebote sehr gut angenommen wurden. Als das Land Anfang Februar von einer unerwarteten Kältewelle getroffen wurde, riefen wir über soziale Medien dazu auf, benötigte Winterkleidung und Schlafsäcke zu uns in den Kiezladen zu bringen, mit überwältigendem Echo: Binnen

zwei Tage war der Kiezladen so voll mit Kleidungs- und Sachspenden, dass wir die Aktion beenden mussten. Diese verteilten wir dann direkt an jene die es brauchten, oder an soziale Träger welche ebenfalls unter Hochdruck sammelten. Eine gute Aktion, die nach einer Auswertung sicher auch einige Schwächen aufzeigte, aber sowohl als gutes Beispiel für schnelle Reaktionsfähigkeit herhalten kann, als auch unsere Präsenz im Stadtteil weiter unterstreichen konnte.

Auch machten wir uns Gedanken wie wir innerhalb der Kiezkommune verhindern können, dass der zusätzlich zu allen bisherigen Zwängen uns auch - individuell unterschiedlich - treffende Lockdown nicht zu Vereinzelung oder Rückzug führen. Hier gab es eine Palette von Angeboten an die Kommunard:innen, mal online, mal im echten Leben. Aus der Erkenntnis heraus, dass sich die Stärke der Kommune aus der Stärke der in ihr organisierten Genoss:innen speist, werden wir hier sicher noch weiter mit Konzepten experimentieren. In Zeiten der Krise auf

uns und unsere Kommunard:innen zu achten, ist unser Meinung nach nicht nur eine Nebenaufgabe, hieran lässt sich stattdessen der eigene Anspruch auf kommunales, genossenschaftliches, solidarisches Miteinander messen. In den sicher kommenden Verteilungskämpfen werden wir uns alle brauchen.

Diese Auflistung ist unvollständig und lässt auch die vielen thematisch anders gelagerten Aktionen, der sich Kiez- und Frauen*Kommune im letzten Jahr widmeten aus. Es war, trotz allem, ein bemerkenswert volles Jahr!

Rückblickend kann auch einfach zufrieden festgestellt werden, dass unsere Struktur im Kiez die vielerorts auftretenden Auflösungserscheinungen in linken Gruppen bis hierhin recht gut gemeistert hat und hier eher eine gute Dynamik herrscht. Dies lässt uns für die Zukunft hoffen!

Wir grüßen Euch solidarisch - die Frauen*- und Kiezkommune Wedding! ☆

Kiezkommune | Wedding

Kiezladen:

Kommune65
Buttmannstr. 1a, 13357 Berlin
Nähe U-Bahnhof Pankstraße
wedding@kiezkommune.org
kiezkommune.noblogs.org

E-Mail:

Web:

Nachrichten vom Klassenfeind

Große Korruptionsaffäre in CDU/CSU

Bundestagsabgeordnete, die zwischen Wirtschaft und Ministerien vermitteln, sind in den Parlamenten der BRD an der Tagesordnung. Die Vorwürfe gegen Georg Nüßlein haben jedoch ein ungewohnt hohes Ausmaß: 660.000 Euro sollen an ein Textilunternehmen gegangen sein, dessen einziger Gesellschafter der CSU-Politiker Nüßlein ist.

Doch nicht nur ihn betreffen die Korruptionsvorwürfe. In den ersten Monaten der Pandemie haben sich dutzende Abgeordnete von CDU/CSU selbst bereichert und Honorare im Wert von mehreren hunderttausend Euro eingestrichen. Im Fokus stehen jetzt auch seine Parteikollegen Nikolas Löbel und Hans-Jürgen Irmer die 250.000 Euro Provision für den Kauf von Schutzmasken für Altenheime bekommen haben sollen. Auch der Bundesgesundheitsminister Jens Span höchst selbst hat wohl einen Milliardendeal einem Logistikkonzern in seinem Wahlkreis zugespielt.

Das auch in der politischen Elite noch jedes Mittel recht ist um sich selbst zu bereichern ist in den letzten Monaten so deutlich wie lange nicht mehr geworden.

Abgeschrieben von [perspektive-online.net](#)

Der grün lackierte Bourgeois – Boris Palmer Klassenfeind

Der Tübinger Oberbürgermeister vereint alle durchschnittlichen Ansichten und Eigenschaften des sich liberal gebenden Reaktionärs auf sich. Er steht für den neuen grün lackierten Bourgeois, der den Müll trennt und sich um den Klimawandel sorgt, aber auf Recht und Ordnung pocht, auf marginalisierte Gruppen, etwa Flüchtlinge, herabsieht und sein Häuschen im Grünen mit Zähnen und Klauen verteidigt.

Seine sozialchauvinistischen Thesen zur Pandemie begannen bereits im Frühjahr als er sich fragte ob der aufwendige Schutz alter Menschen nicht zwecklos sei, da sie ja sowieso bald sterben würden. Auch die Begründung weshalb möglichst schnell der Lockdown beendet werden müsse spricht Bände. Mit den Worten Palmers: „Shoppen und Schlemmen“ muss wieder möglich sein.

Sind Hedonismus und Konsum für die neoliberale Mittelschicht nicht erreichbar gehen sie über Leichen um ihre Ziele zu erreichen. Boris Palmer ist der Prototyp dieser Klasse.

Abgeschrieben von [lowerclassmag.com](#)

Deutsche Lebensmittelindustrie

Die deutsche Landwirtschaft basiert in großen Teilen auf Niedriglohnarbeit von Wanderarbeiter*innen. Rund 300 000 Arbeiter*innen kommen jährlich aus meist osteuropäischen Ländern nach Deutschland. Die Corona-Pandemie hat diese Arbeitsmigration für die Agrarkapitalisten zunächst unterbrochen. Die Bundesregierung – im Verbund mit der Lobbyorganisation Deutscher Bauernverband – nahm sich dem an und beschloss, insgesamt bis zu 80 000 Menschen, vorwiegend aus Rumänien, einzufliegen. Zudem wurde der Arbeitsschutz erneut aufgeweicht.

Das verschärfte die gängigen Probleme enorm. Miserable Unterbringung, überlange Schichten, Unterbezahlung – teilweise unter dem Mindestlohn -, mangelnde Hygiene- und Gesundheitsversorgung, schlechte Ernährung. Das Geschäftskonzept der Agrar- und Lebensmittelfirmen ist einfach: Die kommen nur für ein paar Monate, sie haben keine Lobby, niemanden interessiert, wie es ihnen geht – also können wir sie ausnehmen, wie wir wollen. Dieses Konzept lohnt sich. Das Privatvermögen von Clemens Tönnies in Höhe von rund 2,3 Milliarden Euro zeigt uns dies klar und deutlich.

Doch der Widerstand der Arbeiter:innen auf den Spargelfeldern in Bornheim und den Fleischfabriken von Tönnies ist weithin hörbar.

Abgeschrieben von [lowerclassmag.com](#)

Deutsche Bank – Bad Bank macht Gewinn

Während noch im Jahr 2019 mit der Kündigung von mehreren tausend Angestellten geworben wurde und sich der Bankkonzern bis heute weltweit mit Gerichtsverfahren zu seinen skandalösen Praktiken konfrontiert sieht, strich er 2020 glatte 624 Millionen Euro Gewinn ein.

Viele andere deutsche Großkonzerne profitierten vom „historischen Maßnahmenpaket“ der Bundesregierung welche rund eine Billionen Euro zur Bewältigung der Folgen der Corona Pandemie im März 2020 zur Verfügung stellte. Davon üppige 3 Milliarden Direkthilfe für Krankenhäuser.

Da die 600 Milliarden aus dem Rettungsfonds für Unternehmen an keine politischen Bedingungen seitens der Unternehmenspolitik geknüpft wurden ist dieses Rettungspaket eine gigantische Umverteilung von Steuern in die Taschen der Top-Manager und Kapitalisten.

Abgeschrieben von [@rogerternis2](#)

Berliner MieterGemeinschaft (BMG)
Die Lichtenberger Bezirksgruppe stellt sich vor

Unsere Bezirksgruppe besteht aus ca. 10 aktiven BMG-Mitgliedern. Wir treffen uns jeden ersten Montag im Monat und versuchen, vor Ort politisch im Sinne der Mieterinnen und Mieter zu wirken.

BMG Lichtenberg

Wir tauschen uns regelmäßig über mietenpolitische Probleme im Bezirk aus und wollen dort aktiv werden, wo wir wohnen. Für alle anderen Fragen rund um das Thema Rechtsschutz oder Hilfe bei juristischen Problemen sind unsere zahlreichen Beratungsstellen in allen Berliner Bezirken oder die telefonische Rechtsberatung durch engagierte und kompetente Rechtsanwälte zuständig. Wo wir als BMG-Vertreter auftreten, stoßen wir ganz überwiegend auf offene Ohren und positive Resonanz. Zur Miete wohnen schließlich die meisten, und viele haben selbst schon einmal Schwierigkeiten und Streit mit dem Vermieter gehabt.

Die BMG ist mit ca. 26.000 Mitgliedern Berlins zweitgrößte Mieterorganisation. In Zeiten knapper und zunehmend unbezahlbarer Wohnungen ist ein umfassender Rechtsschutz rund um das Thema Mietwohnung fast schon unerlässlich, um gegen zu hohe Mieten, ungerechtfertigte Drangsalierungen, Modernisierungen zwecks Mieterhöhung oder sogar die Gefahr des Wohnungsverlusts vorgehen zu können. Über den umfangreichen Rechtsschutz hinaus bietet die BMG fachliche Expertise zu allen wohnungspolitischen Themen wie sie bundesweit einmalig sein dürfte

Das ca. alle zwei Monate erscheinende „MieterEcho“ ist weit mehr als eine Mitgliederzeitung. Hier behandeln Fachleute in jeder Ausgabe ausführlich ein spezielles Thema: Wie funktionieren die großen Immobilien-AGs? Warum sind die „öffentlichen“ Berliner Wohnungsgesellschaften nicht viel besser als ihre privaten Konkurrenten? Warum gab es früher kommunalen Wohnungsbau, und wie könnte ein solcher heute funktionieren? Auch wichtige aktuelle Ereignisse wie Wohnungskämpfe, Demonstrationen oder gesetzliche Neuerungen werden behandelt

So helfen wir konkret

Außerdem: BMG-Mitglieder können, und das ist tatsächlich ein sehr gutes Angebot, bei Problemen mit dem Vermieter Hausversammlungen einberufen, die auch für die anderen Mietparteien im Haus offen sind, und zu denen unentgeltlich ein Rechtsanwalt eingeladen werden kann. Bei der Planung und Organisation einer solchen Hausversammlung helfen wir als Bezirksgruppe. Unseren Erfahrungen nach wird die Möglichkeit, dabei rechtliche Fragen klären zu können immer sehr gern angenommen. Bei anstehenden Rechtsstreitigkeiten stehen die Mieter der Vermieterseite dann nicht allein und ohnmächtig gegenüber, und man kann ein gemeinsames und effektives Vorgehen planen.

So wehren wir uns

Einige unserer Bezirksgruppenmitglieder wohnen selbst in Häusern, die der „Deutsche Wohnen“ gehören. Und seit Jahren erleben wir die Machenschaften

dieses Immobilienkonzerns: sinnlose Modernisierungen, um Mieterhöhungen durchzudrücken, Androhung



der Umwandlung von Mietwohnungen in Wohneigentum, Vernachlässigung der Häuser usw. Überhaupt scheint der berüchtigte Konzern in Lichtenberg viele Häuser zu besitzen, weshalb wir den Kampf gegen diese Immobilien-AG als einen Arbeitsschwerpunkt gewählt haben. Die „Deutsche Wohnen“ steht symbolisch für die gängige Praxis, Wohnraum als Quelle für Profite zu nutzen, damit an Börsen zu handeln und zu spekulieren. Das steht in krassem Widerspruch zum eigentlichen Zweck von Wohnraum, Menschen das nötige Obdach zu gewähren. Vor „Corona“ und „Lockdown“ haben wir öffentliche Veranstaltungen organisiert, etwa zum Thema „Was tun gegen die „Deutsche Wohnen“?“. Wir hatten manchmal sehr viel Publikum, ganz normale Mieter, die sich Sorgen um ihre Wohnungen machten.

Aktiv werden wir meist dann, wenn jemand mit einem konkreten Problem zu uns kommt. Zum Beispiel drohte einer unserer Mitstreiterinnen der Verkauf des Mietshauses, in dem sie wohnte und die Umwandlung der Mietwohnungen in Eigentum. Durch mehrere Hausversammlungen mit einer Rechtsanwältin konnten wir die Mieter über die Situation, aber auch über ihre Widerstandsmöglichkeiten informieren – ihnen beispielsweise mitgeben, dass sie trotz Umwandlungs-Verkauf noch 10 Jahre in ihrer Wohnung bleiben können, und wie auf Anschreiben und Maßnahmen der Vermieterseite reagiert werden muss.

So kämpfen wir erfolgreich gegen Leerstand

Oder es gab im Weitlingkiez mehrere Wohnblöcke der „Deutsche Wohnen“, in denen gute Wohnungen teils seit Jahren leer standen und nicht zur Miete angeboten wurden. Wenn Mietparteien auszogen, blieben deren Wohnungen auch unvermietet. Selbst wenn Mieter anfragten, ob sie nicht eine dieser leerstehenden Wohnungen mieten könnten, um z. B. eine größere oder hellere Wohnung zu bekommen, gab es keine Reaktion. Dieser absichtliche Leerstand lohnt sich, wenn Pläne bestehen, die Immobilien zu verkaufen. Ohne lästige Mieter, auf die der potentielle Käufer bei geplanten Luxussanierungen Rücksicht nehmen müsste, kann man nämlich höhere Verkaufspreise erzielen. Auf Beschwerden der Mieter beim Bezirksamt – immerhin ist das Leerstehenlassen von

Wohnungen illegal – wurde auch von offizieller Seite nicht reagiert. Wir sind dann in kleinen Teams die Häuser abgelaufen, haben mit den Mietern gesprochen und den Leerstand akribisch dokumentiert. Dann konnten wir dem Bezirksamt eine zweistellige Zahl leerstehender Wohnungen melden, und siehe da, nun wurde reagiert. Die Wohnungen bekamen dann recht schnell wieder neue Mieter. Außerdem haben wir uns zusammen mit anderen Initiativen für das Milieuschutzgebiet Weitlingkiez eingesetzt, sind dazu u. a. mit Transparenten zur BVV-Sitzung gezogen. Überhaupt versuchen wir, zu jeder größeren Demonstration zum Thema Wohnen und Miete bei uns im Bezirk zu mobilisieren und gemeinsam sichtbar teilzunehmen. Dazu sind wir mit mietenpolitischen Aktivisten aus ganz Berlin vernetzt.

So treten wir für den Fortschritt ein

Aktuell gibt es die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“, an der sich einige von uns aktiv im Lichtenberger Kiezteam beteiligen. Wir sind auf der Straße unterwegs und helfen mit, die nötigen 170.000 Unterschriften zu sammeln, verteilen Plakate und Infomaterial und tragen somit zu der bemerkenswerten Breitenwirkung der Kampagne bei, die nicht nur in Lichtenberg weit über die übliche „Politszene“ hinaus strahlt und sogar bundesweit und international enorme Aufmerksamkeit erregt hat. Unsere Bezirksgruppe unterstützt die Kampagne, obwohl einige von uns sehr skeptisch sind. Vollständig einig sind wir uns aber in der Frage, dass Wohnungen nicht wie bisher Gegenstand von Spekulation und Bereicherung einer Minderheit auf Kosten der Mehrheit sein dürfen. Öffentliches Eigentum in demokratischer Verwaltung ist der einzige Weg, das Recht auf Wohnen für breite Schichten der Bevölkerung dauerhaft zu sichern und mit nachhaltigen statt gewinngetriebenen Maßnahmen zu einer ökologischen Wende beizutragen.

Die BMG macht sich seit Jahren stark für ein fortschrittliches Wohnungsbauprogramm jenseits marktwirtschaftlicher Logik, etwa nach dem Vorbild des österreichischen Gemeindebau - sozial und kommunal.

Interesse bei uns mitzumachen? Wir treffen uns jeden ersten Montag im Monat um 18 Uhr. Wegen der Pandemie finden die Treffen derzeit leider nur online statt. Wir suchen immer neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Auch über Fragen und Anregungen freuen wir uns jederzeit. Schreibt uns einfach eine E-Mail: lichtenberg@bmgev.de ☆

Berliner MieterGemeinschaft
Lichtenberg

Web: www.bmgev.de
Email: lichtenberg@bmgev.de

"Kennen Sie Padovicz?" – Unser Enteignungs-Kandidat

"Kennen Sie Padovicz?", fragte uns Nadja, die ein Wohnhaus im Südosten Berlins geerbt hat und damit nichts anfangen kann, weil sie in Polen wohnt. Ein Berliner Familienvater, der angeblich in der Modebranche tätig ist, wolle ihr das Haus abkaufen.

Padovicz-Watch-Blog

Für die sechs Mietparteien, die in dem Haus wohnen, soll sich nichts ändern. Das sagt der Berliner Vermögensverwalter, der auch mit der Erbschaft betraut war und nun als Vermittler auftritt. Ein seriöser Geschäftsmann sei Padovicz und er bietet einen realistischen Preis - aber vor allem will er sich um alles kümmern. Übers Internet ist Nadja aber auf unseren Padovicz-Watch-Blog und viele Infos zu Padovicz gestoßen.

Ja, wir kennen Padovicz!

Dem gehört nämlich halb Friedrichshain. Wir kennen ihn schon seit den 90er Jahren, als er plötzlich als Eigentümer unserer Häuser auftrat. Die hatten kurz vorher noch dem Staat gehört, der sich nach dem Ende der DDR aber nicht mehr drum kümmern wollte.

Über 100 Häuser hat Padovicz in dieser Zeit, faktisch ohne eigenes Kapital, mit Hilfe des Senats und vor allem mit Krediten der Berliner Volksbank und der Investitionsbank Berlin unter seine Kontrolle gebracht. Der Senat suchte jemanden, der durch Sanierung der maroden Altbauten schnell unter Beweis stellen konnte, dass eine neue Zeit angebrochen war. Padovicz kümmerte sich mit brachialen Methoden darum und sorgte für die erste große Auszugswelle von Mieter*innen. Wer nicht freiwillig ging, dem wurde nicht gedroht, sondern einfach das Dach über dem Kopf angezündet (z.B. Gubener Str. 45).

Immer neue Vernetzungsanläufe

1999 gründete sich die erste Betroffenen-Vernetzung von Padovicz-Geschädigten. Den Mieter*innen schlossen sich kleinere Handwerksbetriebe an, die von Padovicz um ihren Lohn geprellt wurden. Es gab Demos und Solidarität, aber nach ein paar Jahren schlief die Vernetzung wieder ein. Auch weil das Ganze ziemlich frustrierend war. 2001 gründete der Senat sogar eine gemeinsame Gesellschaft mit Padovicz, um die Immobiliendeals noch schneller abwickeln zu können. Der ehemalige Wirtschaftsstadtrat von Friedrichshain, Tilo Tragsdorf, beriet Padovicz nicht nur offiziell, sondern durfte im Gegenzug die Gebäude mit seiner eigenen Hausverwaltung Factor verwalten. Eine besondere Form der Kumpanei von Privateigentum und Politik, die sich trotz aller Proteste bis heute durchzieht.

2007 dann hieß es in der Zeitung "Spekulant macht Jagd auf linke Projekte". Wieder war es Padovicz, der sich dem Senat anbot, die sogenannten "Problemhäuser" zu übernehmen und die organisierten Bewohner*innen zu drangsalieren und rauszuwerfen. So geschah es schleichend in der Kreutziger Str. 12/13, in der Scharnweberstr. 29 und letztes Jahr mit dem feministischen Hausprojekt Liebigstr. 34. Der Kampf um diese symbolträchtigen Häuser hat immer viel Staub aufgewirbelt. 2018 gründete sich auf Initiative der Liebig34 erneut eine Vernetzung von Padovicz-Mieter*innen, die alle ähnliche Probleme hatten, und nicht mehr allein kämpfen wollten. Hier kam uns auch die Idee des Watch-Blogs, einer Informationsseite im Internet, die durch deutsche Behörden nicht vom Netz genommen werden kann.

Spekulation á la Padovicz

Denn auch für die "normalen" Mieter*innen besteht die Notwendigkeit sich zu vernetzen, weil das Wohnen in einem Haus der Unter-

Mietmarkt ist grad derart angespannt, dass künstlich geschaffener Leerstand gut für die Rendite ist.

Die Leute werden aus den billigen Wohnungen mit den langfristigen

verbots. Anbieter solcher Wohnungen (z.B. in der Albrechtstraße 35 in Steglitz) ist dann der Padovicz-Anwalt Ferdinand Wrobel. Wir vermuten: Das Geschäft mit möblierten Wohnungen kann lukrativ sein, aber Padovi-

eigener Sohn, Jerry Padovicz, betreibt die Maklerfirma Nudelmann&Friends, die Gewerberäume in den Padovicz-Immobilien anbietet. Auch hier finden wir eine ähnliche Logik. Leerstand ist die Normalität. Die Objekte kursieren permanent am Markt, werden kurzfristige vermietet, aber dann wieder durch schamlose Forderungen entmietet. Der nächste Laden bringt wieder Maklerprovision. Knappheit wird künstlich durch hohe Mieten produziert. Bars, Kneipen, Spätis, Videotheken, aber auch bekannte Clubs und Büroräume sind ständigen Mieterhöhungen ausgesetzt und geben nach einer Weile auf, weil sie nicht nur für den Geldbeutel ihres Vermieters arbeiten wollen. Als ob Padovicz ein Anrecht darauf hätte, am Gewinn der bei ihm mietenden Unternehmen beteiligt zu werden, hat er selbst in der Corona-Krise auf Mieterhöhungen für Gewerberäume bestanden. Die Lage der Kleinstgewerbe ist also ebenso prekär wie die der Wohnungsmieter*innen. Mittlerweile beteiligen sich einige von ihnen auch an der Vernetzung gegen ihren Vermieter.

Packen wir es an!

Wir sind seit 2018 gemeinsam strukturiert vorgegangen, haben viel recherchiert und sind gezielt auf die Presse und Politik zugegangen, ohne die Basis der Mieter*innen aus den Augen zu verlieren. Uns geht es um Hilfe zur Selbsthilfe, um individuelle Kampfbereitschaft jeder einzelnen Mieterin und jedes einzelnen Mieters, und um kollektive Schlagkraft gegen Padovicz durch Imagebeschädigung. Dazu braucht es Informationen über die unterschiedlichen Facetten des Geschäftsmodells Padovicz und Hinweise wie mensch sich dagegen wehren kann. Es braucht aber auch ein Verständnis für die unterschiedlichen Problemlagen in den Häusern, Offenheit und Solidarität. Klar, ein Mietstreik wäre angebracht, aber nur wenn alle mitmachen. Viele haben enorme Angst ihren Wohnraum zu verlieren und scheuen jede öffentliche Kritik an ihrem Vermieter.

Deshalb sind exemplarische Kämpfe, wie der um die Liebig34 so wichtig. Was die Liebig geschafft hat: Die ganze Stadt zeigt mit dem Finger auf Padovicz, sein Netzwerk und einen heuchlerischen Senat, der für so einen Gangster die Puppen tanzen lässt und eine Spur der Verwüstung in der Stadt hinterlässt. Ein weiterer Konflikt mit Strahlkraft ist der um die Bebauung der Rummelsburger Bucht, wo geräumt und abgerissen wird, um ein Aquarium und Luxuswohnungen zu bauen. Und weil Padovicz mit seinen mehr als 3.000 Wohnungen in rund 250 Häusern auch in den Gesetzentwurf der Kampagne "Deutsche Wohnen und Co enteignen" fällt, werden wir auch diese Auseinandersetzung mit dem Senat nutzen, um Padovicz und seinesgleichen zurückzudrängen. Denn uns geht es um ein System, dass Leuten wie ihm diese Art von Geschäft ermöglicht. Packen wirs an! ☆



Protest gegen Padovicz-Gruppe: Ca. 50 Mieter*innen protestieren vor dem Geschäftssitz der Unternehmensgruppe Padovicz am Kurfürstendamm gegen deren Vermietmethoden und spekulativen Leerstand

nehmensgruppe Padovicz ständigen Stress bedeutet. Einerseits wird jede Möglichkeit genutzt, um uns das Geld abzuknöpfen. Weil Mieterhöhungen und Betriebsabrechnungen oft fehlerhaft sind, musst du immer zum Mieterverein rennen und vor Gericht ziehen. Die Hausverwaltungen versuchen grundsätzlich gegen geltendes Recht zu verstoßen. Andererseits sind die Häuser, auch wenn sie Anfang der 00er-Jahre saniert wurden, jetzt schon wieder in einem Zustand, dass grundenerneuert werden muss. Instandhaltung und nachhaltiges Wirtschaften findet nicht statt. Die Folgen sind: Heizungsausfälle, Rohrbrüche, Unfallgefahr bis zur Unbewohnbarkeit. Ge-

Mietverträgen durch unterschiedliche Methoden rausgetrieben. Mieterinnen aus der Pettenkoferstr. 33 berichteten, dass ein von Padovicz bezahlter Schläger ins Erdgeschoss eingezogen ist, um vor allem Frauen in dem Haus zu belästigen.

Raimund Taha, der auch ein bisschen Baugewerbe betreibt, war bereits in anderen Immobilien von Padovicz eingesetzt, um Entmietungen vorzubereiten, Abmahnungen zu provozieren und bauliche Instandhaltungen durch Mieter*innen zu verhindern. Die entnervten Mieter*innen sind irgendwann gezwungen, woanders teurer und meist befristet zu mieten.

cz will vor allem keine langfristigen Mieter*innen. Denn die verlangsamen den Verwertungszyklus. Ein ewiger Kreislauf der Kapitalvernichtung und Wertsteigerung, der durch dauerhafte Mieter*innen und den Milieuschutz gebremst werden. Neben der Spekulation mit Wohnraumknappheit sind wir auf ein weiteres Padovicz-Geschäft gestoßen: die Unterbringung von Bauhelfern aus dem ehemaligen Ostblock. Den Leuten wird versprochen, dass sie hier auf den Baustellen arbeiten und viel Geld verdienen können. Sind sie erstmal hier, werden sie schamlos ausgebeutet. Sie übernachten in überfüllten Wohnungen (z.B. in der Simon-Dach-Str. 32), zahlen eine ungeheure



Einer der brutalsten Berliner Familienclans: Jori, Nadia, Jerry, Sigal, Paulette Padovicz

gen unterlassene Instandhaltung lässt sich schwer vor Gericht ziehen, also helfen wir uns selbst und halten die Häuser selbst benutzbar. Bröckelnde Balkone und abgeknickte Regenrinnen (z.B. in der Hausburgstr. 11) werden lieber in Eigeninitiative repariert. Einsturzgefährdete Keller werden selbst abgestützt (z.B. Kreutziger Str. 12), weil wir verhindern wollen, dass Padovicz in unsere Wohnungen kommt und mutwillig mehr kaputt macht. Die Drohung der baupolizeilichen Evakuierung schwebt ständig über uns, weil der Besitzer unserer Wohnungen kein Interesse daran hat, dass sie bewohnt werden. Das klingt paradox, aber der

Durch eine Mieterbefragung in Padovicz-Häusern haben wir 2019 rund 100 leerstehende Wohnungen allein in Friedrichshain gezählt. Wer so viele Häuser besitzt, kann den Markt manipulieren und das Angebot künstlich verknapen - trotz Mietendeckel, Mietpreisbremse und Milieuschutz. Dazu zählt auch Wohnraum in Ferienwohnungen umzuwandeln oder möbliertes Wohnen auf Zeit anzubieten (das neue Ding auch in Padovicz-Immobilien). Die Wohnungen beginnen dann bei 20 Euro/m2 (z.B. Seumestr. 1) und stehen den Großteil der Zeit leer, gelten aber als voll vermietet im Sinne des Zweckentfremdungs-

Vermittlungs- und Unterkunftsgebühr und arbeiten tagsüber auf wechselnden Padovicz-Baustellen für ständig wechselnde Subunternehmen. Von dem Verdienst bleibt nicht viel übrig und sie gehen frustriert wieder. Mittlerweile ermittelt die Berliner Staatsanwaltschaft gegen die Padovicz-Firma Werttaxx Group deshalb wegen Menschenhandel.

Besondere Not: Gewerberäume

Wer profitiert außerdem vom System Padovicz? Neben der Baubranche sind es auch Makler*innen, die sich im Umfeld von Padovicz tummeln. Sein

Padovicz-Watch-Blog

Web: padowatch.noblogs.org
Email: padowatchblog@riseup.net

Lasst uns ein Fluss statt eine Insel sein

Migrantischer Widerstand in Berlin und Brandenburg

Bloque Latinoamericano

Die von COVID ausgelöste Krise zeigt uns das verborgene Gesicht Deutschlands. Sie zeigt, dass sie weit davon entfernt ist, eine technisierte Wirtschaft zu sein, in der »der Kapitalismus gut funktioniert«, sondern dass ihre Entwicklung auf der Ausbeutung von Migrant*innen beruht. Als migrantische Aktivist*innen in Berlin stehen wir vor der Aufgabe, weiterhin Widerstand zu artikulieren in einer Stadt, die uns mehr denn je zwischen Prekarität und Vertreibung stellt. Wir stellten fest, dass »zu Hause bleiben« nicht genug ist angesichts der Prekarität, die wir Migrant*innen in der Gastronomie, bei der Lieferung, Reinigung, Pflege, Lebensmittelproduktion und -ernte erleiden.

Berlin ist keine Insel

Vielleicht hat diese Krise viele daran erinnert, dass Deutschland von der Zerstörung des kapitalistischen Systems nicht ausgeschlossen ist. Es hat sogar deutlich gemacht, dass Berlin keine Insel ist, isoliert vom Rest des Landes. Keine Stadt ist eine Insel. Während wir in Deutschland sahen, wie Supermärkte durch die Praktiken des »Hamsterkaufs« geleert wurden, sahen wir, wie an vielen Orten Lateinamerikas die Netzwerke des lokalen und solidarischen Konsums noch aktiver wurden. Ein anschauliches Beispiel sind die Vertriebsnetze, die von Landarbeiter*innen in verschiedenen Teilen Lateinamerikas organisiert werden, um agrarökologische Lebensmittel zu fairen Preisen direkt von den Landwirt*innen zu den



Protestaktion am 15.03.21 vor der brasilianischen Botschaft: Klimagerechtigkeit braucht gerechten Welthandel! Klimakiller-Deal EU-Mercosur stoppen!

Konsument*innen zu bringen, wie die von der Central de Cooperativas de Servicios Sociales Lara (Cecosesola) in Venezuela oder die von der Unión de Trabajadores de la Tierra in Argentinien. Diese Erfahrungen bestätigen die Notwendigkeit, uns in der Stadt zu organisieren, ohne uns von dem Gebiet um uns herum zu isolieren. Als Migrant*innen, die im Bloque Latinoamericano (Lateinamerikanischer Block) organisiert sind, wollen wir die Strömung sein, die die Kämpfe in Lateinamerika mit denen in Deutschland verbindet.

Latinxs in Brandenburg?

Es mag für einige überraschend erscheinen, dass die politische Arbeit von lateinamerikanischen

Migrant*innen auch in den ländlichen Gebieten Brandenburgs stattfindet, aber das ist es nicht: Eines unserer Ziele als Bloque Latinoamericano ist es, Verbindungen zwischen progressiven Kämpfen in Berlin und in den umliegenden ländlichen Gebieten, sowie Brücken zwischen diesen und populären Kämpfen in Lateinamerika zu bauen.

Deshalb sind wir als Migrant*innen dort präsent, wir tauschen uns mit den Bäuer*innen in Brandenburg aus und wir unterstützen sie in ihrer Organisation. Gemeinsam mit dem Ernährungsrat Brandenburg organisierten wir ein Treffen in Müncheberg, in bei dem wir uns über die Probleme der Lebensmittelproduktion in der Region und der Auslieferung an in

die Stadt austauschten. Wir wollen mit den Mythen aufräumen, die es über Brandenburg gibt. Deshalb teilen wir in der Stadt das, was wir von den Kämpfen der Produzent*innen in der Region lernen.

Brandenburgs Augen sind mittlerweile auch auf Lateinamerika gerichtet. Das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem MERCOSUR bedeutet den Anstieg von Hunger, Arbeitslosigkeit und Landkonzentration in Lateinamerika und gleichzeitig den Verlust der bäuerlichen Produktion in Brandenburg und damit die Zerstörung von Lebensformen. Es ist also eine Gelegenheit für den Dialog zwischen progressiven Initiativen auf beiden Kontinenten und die Suche nach Alternativen zu Produktionsformen, die die Umwelt zerstören und den Reichtum konzentrieren. Durch den Aufbau von transatlantischen Netzwerken gegen das Freihandelsabkommen helfen wir, diesen Dialog aufzubauen.

Bloque Latinoamericano - territoriale Arbeitsgruppen

*Das Bloque Latinoamericano entstand Ende 2018 aus dem Zusammenfluss verschiedener linken Organisationen und Aktivist*innen, die sich solidarisch mit den Volkskämpfen in Lateinamerika und in der politischen Organisation von Migrant*innen, Flüchtlingen und diasporischen Communities in Deutschland engagiert hatten. Als territoriale Arbeitsgruppe haben wir vor, die internationalistische Arbeit im lokalen Raum Berlins zu verankern und die Kämpfe der Stadt mit denen des umliegenden ländlichen Raums zu verbinden.*

E-Mail: bloque-latino-berlin@riseup.net
Web: bloquelatinoamericanoberlin.org

Solidarische Landwirtschaft - Was ist das?

Wie kann heute angesichts des globalen Super-Marktes eine bäuerliche, vielfältige Landwirtschaft erhalten bleiben, die gesunde, frische Nahrungsmittel erzeugt und die Natur- und Kulturlandschaft pflegt?

Kiezkommune Friedrichshain-Lichtenberg

Bei Solidarischer Landwirtschaft werden die Lebensmittel nicht mehr über den Markt vertrieben, sondern fließen in einen eigenen, durchschaubaren Wirtschaftskreislauf, der von den Verbraucher:innen mit organisiert und finanziert wird.

Solidarische Landwirtschaft fördert und erhält eine bäuerliche und vielfältige Landwirtschaft, stellt regionale Lebensmittel zur Verfügung und ermöglicht Menschen einen neuen Erfahrungs- und Bildungsraum. Das ist dabei kein neuer Ansatz. In Südamerika, Asien und auch Europa gab es immer wieder Gemeinde finanzierte Landwirtschaft (CSA - community supported agriculture). Konkret handelt es sich dabei um einen Zusammenschluss von landwirtschaftlichen Betrieben oder Gärtnereien mit einer Gruppe von verschiedenen Verbraucher:innen.

Wie funktioniert das?

Erzeuger:innen und Verbraucher:innen bilden eine Wirtschaftsgemeinschaft, welche auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt ist und die natürliche Umwelt berücksichtigt. Auf Grundlage der geschätzten Jah-

reskosten der landwirtschaftlichen Erzeugung verpflichtet sich diese Gruppe, jährlich im Voraus einen festgesetzten (meist monatlichen) Betrag an den Solawi-Betrieb zu zahlen.

Hierdurch wird dem*der Erzeuger*in ermöglicht, sich unabhängig von Marktzwängen einer guten landwirtschaftlichen Praxis zu widmen, den Boden fruchtbar zu erhalten und bedürfnisorientiert zu wirtschaften.

Die Abnehmenden erhalten im Gegenzug die gesamte Ernte sowie weiterverarbeitete Erzeugnisse wie Brot, Käse etc. - sofern der Solawi-Betrieb diese herstellt. Der persönliche Bezug macht die gegenseitige Verantwortung bewusst. Die Verbraucher*innen erleben, wie ihre Ernährungsentscheidung die Kulturlandschaft gestaltet, soziales Miteinander, Naturschutz und (Arten-)Vielfalt ermöglicht und so eine zukunftsfähige Landwirtschaft stattfinden kann. Wesentlich ist also, dass eine Gruppe die Abnahme der Erzeugnisse garantiert und die Ernte bzw. alles, was notwendig ist, um diese zu erzeugen, vorfinanziert. Alle teilen sich die damit verbundene Verantwortung, das Risiko, die Kosten und die Ernte.

Der Erfolg gibt der Solidarischen Landwirtschaft recht. Mittlerweile kannst du in fast jeder deutschen Stadt Zugang zu einer schon funktionierenden Solawi finden. Selbst Kaffee können wir uns direkt vom mexikanischen Campensin@ holen. Die auf einen fairen Preis setzen können (7,00 € /Kilo bei einem Weltmarktpreis von 2,84 € /Kilo) und die die Sicherheit haben, dass sie ihre Ernte losbekommen.

Der Klassencharakter

Trotz allem gibt es auch Kritik, was aber nicht am System selbst, sondern an den manchmal sehr verwaschen Grenzen zu rechten völkischen Bewegung liegt. Immer wieder kommt es da zu Konflikten mit rechten Bäuer*innen. Auch wenn das Problem bekannt ist, muss noch viel mehr getan werden, um dieser Tendenz einen Riegel vorzuschieben. Denn die Netzwerke der völkischen Bewegung sind groß und finanziell gut ausgestattet. Über 1000 völkische Siedler in Deutschland haben das Bauerntum zur Grundlage ihrer Existenz gemacht. Der Nordosten der Republik hat sich in den letzten Jahren zu einer Art Modellregion für Nazis entwickelt. Doch auch in anderen Bundesländern exis-

tieren national-völkische Strukturen, und das meist schon viel länger als in Mecklenburg-Vorpommern.

Während sich im Osten nach der Wende viele westdeutsche Rechte angesiedelt haben, gibt es in westdeutschen Dörfern völkische Sippen, die bereits über mehrere Generationen gewachsen sind. Einige von ihnen, etwa in Schleswig-Holstein und in der Lüneburger Heide, bestehen schon seit der Zeit des Nationalsozialismus und besitzen daher erheblichen Einfluss in der rechten Szene.

Der sehr strategisch agierenden Völkischen Bewegung geht es hier um das Stiften von Netzwerken, Austauschprozesse, Selbstvergewisserung, Identitätsfindung innerhalb der Szene auch über strittige Fragen hinweg, den Aufbau autarker Beziehungen zueinander. Und das nun seit über 8 Jahre sehr intensiv. Das sind natürlich auch knallharte wirtschaftliche Interessen, die da im Hintergrund stehen. Dass da günstig Land zur Verfügung gestellt wird, dass Wohnungen vorgehalten werden. Da wird auf subsistenzwirtschaftliche Weise zum Beispiel die Arbeitskraft des Handwerkers gegen selbst angebaute Bio Lebensmittel

getauscht. Sie versuchen autarke Wirtschaftskreisläufe zu schaffen, zumindest im Kleinen. Als Basis einer späteren politischen Agitation.

Das Ziel

Die Bedeutung von SOLAWI als alternatives zukunftsfähiges Landwirtschaftskonzept sollte auch für eine radikale Linke klar sein. Umso wichtiger ist es, diese schon funktionierenden Wirtschaftskreisläufe klar vor dem Einfluss der völkischen Bewegungen zu schützen.

Kein Fußbreit den Faschisten, SOLAWI aufbauen!

Der Weg

Lasst uns diese Idee auch in unserem Kiez umsetzen. Gemeint ist hier das urbane Gärtnern. In deutschen und internationalen Großstädten ein mittlerweile erfolgreich praktizierter Weg – für Jung und Alt, für Groß und Klein.

Wenn Ihr Möglichkeiten und Ideen habt, meldet Euch bei uns. ☆

kiezkommune.noblogs.org

Die Frauenrevolution wird die Menschheit befreien Heraus zum 1. Mai!

Women Defend Rojava Komitee Berlin

Die Welt ist in Aufruhr und das bestehende System bröckelt - wir fühlen und wir sehen es. Die weltweite Bewegung der kämpfenden Frauen, der unterdrückten Völker und der Jugend entfachen ein riesiges Feuer gegen die Unterdrückung der Nationalstaaten. Von kämpfenden Schwarzen Frauen in den USA bis zu den naxalitischen Frauen in Indien, von den Zapatistas zu Las Tesis hin zur kurdischen Frauenbewegung. Wir sind überall und holen uns als Frauen, Nicht-Binäre, Inter- und Transpersonen unsere Leben zurück. Denn überall werden wir zuerst vom patriarchalen System angegriffen und ermordet. Weltweit nehmen Frauenmorde und die feminizidale Politik der Staaten zu. Diese Morde und Massaker passieren durch die Mitverantwortung der Politik der Staaten und deren Justizsystemen. Uns ist bewusst, dass die Selbstverteidigung und die Ausweitung des feministischen Kampfes die einzige Antwort darauf sein kann. Deshalb organisieren wir uns und entwickeln gemeinsam Ideen, wie wir mit der Gesellschaft Alternativen aufbauen und die Gewalt beenden können.

Wir wissen, dass das Ganze nur vielversprechend ist, wenn es aus einer antikolonialen und antikapitalistischen Perspektive heraus entsteht. Denn der Staat in dem wir leben, ist mitverantwortlich für das weltweite Blutvergießen, die Ausbeutung der Menschen und die Vernichtung der Natur und alternativer Gesellschaftsmodelle. Deshalb liegt es in unserer Verantwortung diese Zustände zu beenden. Das bedeutet auch, dass wir die Eigenheiten und Unterschiede in den unterschiedlichen Regionen weltweit

anerkennen und auf dieser Grundlage die feministischen Kämpfe vereinen. Mit diesem Verständnis wollen wir in den diesjährigen Ersten Mai gehen und unsere Stimmen zusammenbringen.

Frauenkampf heißt Klassenkampf & Klassenkampf heißt Frauenkampf

Der erste Mai ist ein weltweiter Kampftag von Arbeiter:innen und steht als Symbol für soziale Kämpfe. Ein Tag an dem sich international gegen Ausbeutung und Unterdrückung gestellt wird. Für uns als Frauen hat dieser Tag eine wichtige Bedeutung, denn unsere Unterdrückung wird bei der Betrachtung der ökonomischen Situationen besonders deutlich. Wir vertreten die Analyse des kurdischen Vordenkers und Philosophen Abdullah Öcalans, die besagt, dass die Frau als soziales Wesen die erste Sklavin ist und mit ihrer Versklavung die Trennung der Geschlechter entstand. Der Ursprung des Privateigentums ist die versklavte Frau. Die Unterdrückung der Frau führte zu einer Veränderung der Mentalität und des Miteinanders innerhalb der Gesellschaft.

Die Corona-Krise führt uns vor Augen, welche Mentalität er damit meint. Wir sehen, dass das System nicht gerecht funktioniert und das Kapital im Vordergrund steht. Darüber hinaus ist die Hoffnungslosigkeit und Vereinzelung der Menschen enorm gestiegen. Zum Teil wissen wir nicht Mal die Namen unserer Nachbar:innen. Wie sollen wir da um Hilfe rufen? Wir haben oft das Gefühl, allein zu sein. Als Frauen sind wir, wie auch Kinder, von der Krise stärker betroffen. Wir arbeiten am

häufigsten in der Pflege, im Kindergarten oder im Supermarkt. Orten an denen wir uns häufiger mit dem Virus anstecken und immer noch schlechter bezahlt werden. Zuhause kümmern wir uns dann oftmals um die Kinder und den Haushalt: bis heute erledigen wir hier den Großteil der Arbeit unentgeltlich. Wir gehen einkaufen, sorgen für Ordnung und leisten maßgeblich Beziehungsarbeit. Dadurch sind wir häufig mehr belastet als unsere Freunde, Männer und Brüder. Anerkennung bekommen wir dafür ebenfalls selten. Dabei wünschen wir uns doch eine Gesellschaft, in der wir uns gemeinsam um unsere Probleme kümmern und solidarisch miteinander leben.

Wir wollen uns nicht weiter ausbeuten lassen und mit der Sorge leben, dass die Gewalt gegen uns und unsere Schwestern tödlich enden kann. Denn die Spannungen steigen und die Gewalt gegen Frauen und Kinder hat in der Pandemie weltweit drastisch zugenommen.Die Krise verdeutlicht uns die Notwendigkeit uns zu organisieren und zu verstehen, wie das System versucht uns zu spalten. Wir

müssen unsere Vielfalt schützen und gleichzeitig eine Einheit bilden, in der die Unterschiede nicht unsichtbar gemacht werden. Denn auch als Frauen, Nicht-Binäre, Trans und Inter-Personen sind wir der Unterdrückung weltweit unterschiedlich ausgesetzt und wir müssen das Leid aller als unser eigenes Leid empfinden und daraus einen starken Kampf für die Befreiung entwickeln.

Für uns bedeutet die Befreiung der Geschlechter auch Klassenkampf und dieser funktioniert nicht ohne Befreiung der Geschlechter. Es bringt uns nichts, wenn Frauen in den Spitzenpositionen des kapitalistischen Systems vertreten sind, denn davon hat der Großteil der Bevölkerung keine Verbesserungen zu erwarten. Frauen die ökonomisch besser gestellt sind, geben die Ausbeutungsverhältnisse oft weiter. Genauso wenig bringt es uns, wenn für den Erhalt des Kapitalismus Frauen aus anderen Ländern ausgebeutet und ihrer Lebensräume beraubt werden. Deshalb kämpfen wir gegen die Gesamtheit der bestehenden Verhältnisse – für uns bedeutet die Be-

freiung der Frauen weltweit das Ende des Kapitalismus und die Erschaffung einer neuen Gesellschaft. Eine Gesellschaft in der wir uns vertrauen, in der wir wissen, wofür wir leben, in der moralische Werte im Zentrum des alltäglichen Lebens stehen. In der wir uns kennen, unterstützen, diskutieren, lachen und gemeinsam Neues hervorbringen. Dabei treten wir in die Fußstapfen von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Sakine Cansiz und vielen weiteren revolutionären Frauen und werden die Liebe zum Leben und für eine befreite Gesellschaft mit all unserer Kraft nach außen tragen. Wir rufen alle dazu auf, der Verantwortung gemeinsam gerecht zu werden und Differenzen auszuhalten - für all jene, die nach uns kommen. Wenn wir unsere Arbeit niederlegen, steht die Welt still - Keine Revolution ohne Befreiung der Frau!

Lasst uns kraftvoll und vereint in den diesjährigen Ersten Mai gehen, denn es ist höchste Zeit die Frauenrevolution und die Menschlichkeit zu verteidigen! ☆

Women Defend Rojava Komitee Berlin

Als Women Defend Rojava Komitee Berlin organisieren wir uns mit vielen weiteren Komitees in anderen Städten Deutschlands und weiteren Ländern in Europa unter dem Dach des kurdischen Frauendachverbandes Kongreya Star. Zum einen um den Widerstand gegen den Faschismus und die Angriffe auf die Frauenrevolution zu koordinieren und zum anderen um weltweit selbstverwaltete Strukturen aufzubauen. Vor allem aber um uns als Frauen, Nicht-Binäre, Inter und Transpersonen selbst zu organisieren und unsere Selbstverteidigung gemeinsam zu stärken.

*Du hast Lust dich zu organisieren und bei uns mitzumachen? Dann melde dich gerne bei uns!
E-Mail-Adresse: womendefendrojava_berlin@riseup.net | Instagram: womendefendrojavabrd*

*Du möchtest mehr über die Frauenrevolution und ihre Ideen erfahren? Dann kannst du Dich hier informieren:
womendefendrojava.net | jineoloji.org | anfddeutsch.com | kurdistan-report.de*

Wir müssen gemeinsam handeln!

Die Frauen*Kommune als Teil des Netzwerkes gegen Femizide.

Frauen*Kommune Wedding

Die Unterdrückung von FINTA-Personen (Frauen, Inter-, nichtbinäre-, Trans- und Agender-Menschen) stützt das kapitalistische System, in dem wir leben. Hierbei gibt es eine erschreckende Variation an Unterdrückungsmechanismen und Gewalt, der Personen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität tagtäglich ausgesetzt sind. Sie reicht von verballer über psychische Gewalt bis hin zu physischen Angriffen, Vergewaltigung und Mord.

2019 wurden weltweit 331 Trans-Menschen getötet und die Dunkelziffer wird viel höher sein, da genaue Statistiken und Zahlen fehlen. So soll die

Gewalt an Trans-, Inter-,nichtbinäre- und Agender-Menschen unsichtbar gemacht werden.

In Deutschland wird mehr als ein Mal pro Stunde eine Frau durch ihren Partner gefährlich körperlich verletzt. Ein Drittel aller Frauen wird mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von körperlicher Gewalt oder Übergriffen. Zudem hat wahrscheinlich fast jede Frau sexuelle Erfahrungen erlebt, die von ungewollten Berührungen oder Kommentaren bis zur Vergewaltigung reichen. Hinzu kommt die sogenannte "häusliche Gewalt", die jede vierte Frau durch ihren Partner erlebt. Diese Gefahr steigt während des Covid-

19-Notstands noch weiter an, wenn es keine Ausweichmöglichkeiten zur Wohnung mit dem gewaltbereiten Partner gibt. Damit trifft auch hier die Krise nicht alle gleich - die Pandemie verschärft Ungleichheit, Ausbeutung und Gewalt, die durch das kapitalistische, patriarchalische und rassistische System verursacht wird.

Wir werden nicht länger zusehen wie wir gedemütigt, verprügelt, vergewaltigt und ermordet werden. Wir werden nicht länger eine Gesellschaft dulden, die Gewalt an uns weiter als unglücklichen Zufall ansieht und deren Systemimmanenz leugnet. Eine Gesellschaft, deren Strukturen diese Gewalt weiter zulässt und fördert. Wir sind weder Gegenstände noch Besitztümer. Wenn dieses Denken und Handeln nicht endet, erlangen wir niemals die Rechte, die uns zustehen.

Dafür müssen wir anfangen, aufeinander zuzugehen und einander zuzuhören. Wir müssen gemeinsam an den Stellen ansetzen, an denen der Staat und ein Großteil der Zivilgesellschaft versagen. Für uns ist eine Antwort auf die gewaltvollen Verhältnisse Selbstorganisation, Selbstschutz und der Aufbau von realer Gegenmacht



Mehr als 100 Menschen nehmen am 21.11.2020 am Nettelbeckplatz, der in Widerstandplatz umbenannt werden soll, an einer Kundgebung gegen Femizide teil. | Foto: adorapress

in unseren Kiezen, unseren Straßen und Häusern. Wir wollen die Isolation und die Individualisierung von Gewalterfahrungen beenden und damit das Schweigen durchbrechen und uns selbst als wehrhafte Menschen verstehen. Denn nehmt ihr uns eine, antworten wir alle.

Deswegen vernetzten sich berlinweit verschiedene Kollektive und Gruppen im Netzwerk gegen Feminizide. Wir wollen die Gesellschaft wachrütteln,

zeigen, was täglich passiert. Wir wollen das System, das Gewalt an uns täglich hinnimmt, als "Beziehungs-drama" verharmlost und uns nicht ausreichend schützt, nicht länger unterstützen. Dafür wurde im Januar 2021 der Widerstandsplatz (ehemals Nettelbeckplatz) eingeweiht. An diesem Ort werden wir zusammenkommen, sollte wieder eine von uns ermordet worden sein und gemeinsam trauern. Unsere Trauer werden wir in Wut umwandeln und dafür einen Ausdruck finden. ☆

Frauen*Kommune Wedding

*In der Frauen*Kommune Wedding sind FINTAs (Frauen, Inter-, nichtbinäre-, Trans- und Agender- Menschen) organisiert, die gemeinsam eine reale Gegenmacht aufbauen wollen. Für manche Themen arbeitet die Frauen*Kommune eng mit der Kiezkommune Wedding zusammen, um so gemeinsam für eine Selbstverwaltung im Kiez und letztendlich für die Überwindung des kapitalistischen, rassistischen und patriarchalen Systems zu kämpfen.*

*Wenn du Lust hast, dabei zu sein, melde dich gerne bei uns:
frauen-wedding@kiezkommune.org*

*Informationen zum Netzwerk gegen Feminizide findest du hier:
https://wirwollenunslebend.wixsite.com/netzwerkggnfeminizid*

Ein Soziales Zentrum für Berlin

Das Anton-Saefkow-Haus

Kollektiv e.V.

In der Blütezeit der Arbeiterbewegung waren selbstorganisierte Orte des Austausches, der kulturellen und sportlichen Betätigung sowie des Zusammenschlusses überall in proletarischen Vierteln zu finden. Arbeiterkultur- und Sportvereine, Kneipen und Wirtshäuser der KPD, Gewerkschaftsräume oder gemeinsame Ausflüge der Arbeiterjugend prägten das soziale Leben in den Kiezen. Von einer Wiederbelebung dieser Blütezeit der Bewegung für die Emanzipation der proletarischen Klasse sind wir heute noch einige Schritte entfernt, aber dass sie kommen wird, davon sind wir überzeugt. Und um einen Beitrag hierfür zu leisten, wollen wir in Berlin ein Soziales Zentrum eröffnen, das sowohl an die Tradition der Arbeiterbewegung in Deutschland wie auch die italienischen Centri Sociali oder die türkischen Halk Meclisi anknüpft.

Die Idee ist simpel:

Ein Haus und Menschen, die es mit Leben füllen, um jenseits des Zugriffs staatlicher oder privatwirtschaftlicher Institutionen widerständige soziale Beziehungen zu fördern. Die Ideen, die unser Kollektiv für diesen Ort hat, erstrecken sich dabei auf alle Lebensbereiche: Sport für alle Altersgruppen, von Selbstverteidigung bis zu Yoga oder Tanz, Bildungsveranstaltungen, Vorträge und eine öffentlich zugängliche Bibliothek, eine Kantine mit günstigem, hochwertigem Essen; ein pädagogischer Bereich zur Kinderbetreuung sowie ein selbstverwalteter Jugendclub, ein geräumiger Veranstaltungssaal für Vorträge, Theater und Kino, ein Garten, eine Werkstatt und ein Wohnbereich für diejenigen, die in dem Projekt arbeiten.

Das Projekt ist auf Dauer angelegt – und auf langfristige Verankerung im Kiez. Wichtig ist uns, außerhalb des S-Bahn-Rings zu arbeiten. Denn zum einen leben die meisten von uns da, zum anderen sind hier viele der am meisten vernachlässigten Gegenden Berlins zu finden. Jene Hochhaussiedlungen, in denen sich Sozialbauten an



Sozialbauten reihen und die nicht in das Konzept der sich gentrifizierenden Start-up-City Berlin passen. Jene Gegenden, für die sich niemand interessiert, fernab der bunten, glitzernen Tourismusmetropole mit ihren Luxusboutiquen und ihrer seelisch toten Selbstvermarktung.

Die Angebote in unserem Haus sollen aber kein Selbstzweck sein. Es geht nicht darum, Angebotslücken zu füllen, damit ein Kiez schöner wird. Es geht um die Selbstorganisation der proletarischen Klassen, die wir als wichtigstes Bollwerk gegen kapitalistische Krise und Faschisierung ansehen. Nicht eine sich im Elfenbeinturm mit irgendwelchen akademischen Debatten selbst beschäftigende Linke wird den Rechtsruck beenden. Sondern nur

wenn es gelingt, dass diejenigen, die in diesem System nichts zu gewinnen haben, sich zusammentun, kann Unterdrückung, Ausbeutung und Rechtsruck etwas entgegengestellt werden.

Genau dafür steht der Namensgeber unseres Projektes: Anton Saefkow.

Saefkow wurde in der Wohnung seiner Eltern, des Schneiders Anton Saefkow und dessen Ehefrau Fanny geb. Ludwig in der Alten Jacobstraße 69 in Berlin geboren. Er schloss sich als Schlosserlehrling 1920 dem Kommunistischen Jugendverband (KJVD) an, in dessen Berliner Leitung er 1922 aufrückte. 1924 trat er der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bei.

Von April 1933 bis April 1934 sperr-

ten ihn die Nationalsozialisten in das KZ Fuhlsbüttel, danach für zweieinhalb Jahre ins Zuchthaus Fuhlsbüttel wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. 1936 folgte seine Internierung im KZ Dachau. Dort war er zusammen mit anderen kommunistischen Gefangenen an der Durchführung von Schulungen, am solidarischen Wirken der „Roten Hilfe“ und einer

illegalen Gedächtnisfeier für Etkar André, einem deutschen Widerstandskämpfer und KPD-Politiker, beteiligt. Nach Denunziationen veranlasste die Staatsanwaltschaft beim Hamburger Sondergericht die Unterbrechung der Zuchthausstrafe für 25 Gefangene und lieferte sie an die Polizei aus, die sie im Polizeigefängnis Hamburg in „Schutzhaft“ nahm. Wegen des aktiven Widerstandes im KZ Dachau verurteilte ihn das Oberlandesgericht Hamburg zu weiteren 30 Monaten Haft, die er im Zuchthaus Fuhlsbüttel und in dessen Außenlager Schulp absaß.

Im Juli 1939 wurde er aus der Haft entlassen und bald wieder illegal tätig. Nachdem Mitte 1941 der Überfall auf die Sowjetunion begonnen hatte, baute er in Berlin die größte Widerstandsgruppe der KPD auf, die Operative Leitung der KPD. 1944 führte er zusammen mit Bernhard Bästlein und Franz Jacob diese Gruppe, die in Berliner Rüstungsbetrieben gegen den Krieg agitierte und zu Sabotageaktionen aufrief. Am 4. Juli 1944 wurde Saefkow verhaftet, am 5. September 1944 zum Tode verurteilt und am 18. September 1944 durch das Fallbeil im Zuchthaus Brandenburg-Görden hingerichtet. Anton Saefkow steht für uns für ein anderes Berlin, für ein kämpferisches Berlin der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Er stellte sein Leben in den Dienst der Sache der Menschheit. Und diesen Vorbildcharakter wollen wir mit unserem Projekt ins Gedächtnis rufen. ☆

Kollektiv e.V.	
E-Mail:	info@kollektiv-berlin.net
Web:	kollektiv-berlin.net
Spendenkonto:	Kollektiv e.V.
	IBAN: DE95 4306 0967 1096 6167 00
	BIC: GENODEM1GLS
	Zweck: "Soziales Zentrum" oder "Verein"

Dem Volke dienen: Basisarbeit in Friedrichshain - Lichtenberg

Über den Wechsel aus Friedrichshain und neue politische Arbeit in Ostberlin

Kiezkommune Friedrichshain-Lichtenberg

Wir haben uns im Mai 2019 zusammengefunden um uns in der Kiezkommune Friedrichshain zu organisieren. Wir, sind in diesem Fall acht verschiedene Menschen von Student:innen, über Arbeiter:innen auch war der Anteil von Menschen mit Kind sehr hoch. Unsere politische Weltanschauung war dabei genauso divers wie unsere Organisierungserfahrung.

Am Anfang reichte die Palette von sich dem Anarchismus verbunden fühlenden Autonomen aus dem Umfeld der Häuser im Nordkiez, über Genoss:innen die aus Antifagruppen kommen genauso wie Kommunist:innen mit einer sehr lan-

gen Organisierungserfahrung bis hin zu Menschen die noch nie organisiert und auf der Suche waren. Eine Melange der Reste der radikalen Linken in Berlin. Verbunden waren wir alle durch den Wunsch mit der politischen Praxis der letzten Jahre zu brechen und Basisarbeit zu machen.

Wobei man auch sagen muss dass wir gerade Anfang das Wort Basisarbeit nicht wirklich mit Leben füllen konnten. Dem eigentlich sehr einfachen Ziel mit Menschen außerhalb unserer eigenen linken Blase zu reden und im besten Fall sich gemeinsam mit diesen zu organisieren, standen wir selbst im Weg. Am Anfang brauchte es viel Diskussion und den einen oder anderen

Arschtritt um alte Verhaltensweisen zu überwinden und sich auf "neue" Dinge einzulassen. Viele Probleme, die wir als Gruppe hatten und die uns immer wieder bremsen waren dabei hausgemacht und schon im Konzept angelegt. Auch die schwache Gesamtstruktur stand dabei eher im Weg. Die stärken der Kommunen waren die Gruppen vor Ort in den Kiezen und nicht das Zusammenspiel darüber hinaus. Es gab viele innere Widersprüche die die Aktivist:innen immer mehr verbrannt haben.

Deshalb war die Entwicklung der Kommunen so völlig unterschiedlich, jede/r wollte in der Ortsgruppe das implementieren das er/sie im Konzept

interpretiert hat und dafür gab es sehr viel Spielraum.

Wenn wir dann also zurückkommen zu den Anfängen der Ortsgruppe in Friedrichshain so haben wir uns schon sehr früh für einen etwas anderen Weg als die damals existierenden Kommunen in Kreuzberg und Wedding entschieden. Beide Gruppen hatten entweder schon früh einen eigenen Laden oder haben sich sehr darauf konzentriert diesen zu bekommen. In Friedrichshain wiederum konnten wir uns sehr schnell Räumlichkeiten für unsere Treffen organisieren. Darüber hinaus war es möglich den Ort auch für öffentliche Veranstaltungen zu nutzen. Was uns den Luxus ermög-

lichte schon sehr schnell in die konkrete Praxis zu gehen. Dadurch haben wir die bewusste Entscheidung getroffen erstmal keine eigene Räumlichkeiten anzumieten. Hier darf nicht unerwähnt bleiben, dass wir kein fertiges Konzept hatten und wir auch etwaige Erfahrungen aus Kreuzberg und Wedding nicht anwenden konnten da es auf vielen Ebenen sehr unterschiedliche Stadtteile sind. Wir mussten also neu beginnen und starteten einen intensiven Diskussionsprozess der zu einer guten Grundlage unserer praktischen Arbeit wurde.

Wir waren uns sicher dass es für eine kleine aber stetig wachsende Gruppe Möglichkeiten gibt, sich so in lokale

Kämpfe einzubringen, das über die Zuspitzung des Konflikts den Betroffenen ein Bewusstsein für die eigene prekäre Situation im kapitalistischen Staat gegenwärtig wird und das daraus Solidarität über den eigentlich Kampf hinaus mit anderen Menschen und deren Kämpfen entsteht. Bis hin zu einer kollektiven Identität und Organisation, deren Wesen sich in Opposition zum kapitalistischen Staat befindet. Die strategische Aufgabe dieser Organisation ist dann der Aufbau von sozialer und politischer Gegenmacht im Kiez. Nur so lässt sich die Hegemonie des kapitalistischen Staates Stück für Stück aus den Stadtvierteln zurück drängen.

Das soll heißen dass sich Menschen aus verschiedenen Kämpfen gemeinsam organisieren zuerst weil sie selbst betroffen sind. Doch später auch darüber hinaus, weil man feststellt dass egal ob gerade der Vermieter, Chef, Bulle, Gerichtsvollzieher, Richter oder Fahrkartenkontrollleur Stress machen, es nur die verschiedenen Gesichter des gleichen unterdrückerischen Systems sind. Im besten Fall und sehr vereinfacht gesprochen führt diese Erkenntnis zu einer Art kollektiven Identität in der gemeinsamen Ablehnung des unterdrückerischwen Systems und diese wiederum ist die Grundlage für belastbare Solidarität. Dieser Umstand hat das Potential gemeinsam durch Organisation aus dem System inhärenten Konflikten Antagonismen zu machen.

Wir sehen unsere Aufgabe als Gruppe diese Dynamiken zu unterstützen und sie organisatorisch zu begleiten. Es geht für uns auch darum progressive und revolutionäre Inhalte in diese Konflikte einzubringen und Widersprüche zuzuspitzen. Das ist immer wieder sehr schwierig weil die Hegemonie des kapitalistischen Staates in Deutschland sehr ausgebaut ist und über eine tiefe gesellschaftliche Verankerung verfügt.

Um das zu lernen und auch praktisch



Das ist der Inhalt eines kompletten Lebensmittelpaketes mit unserer Stadtteilzeitschrift Kiezecho

umzusetzen waren mehrere Dinge von besonderer Bedeutung: zum einen mussten wir den Stadtteil, dessen Bewohner und ihre Kämpfe kennenlernen und wir mussten herausfinden wie wir uns dort einbringen können. Eine der Hauptaufgaben war es tiefe Vertrauensverhältnisse zu den Bewohner:innen und Aktivist:innen anderer Gruppen aufzubauen. So entwickelten wir im Laufe der Monate diverse “Ideen” die wir auf ihre Funktionalität prüften.

Von zentraler Bedeutung war da ein monatliches Treffen das komplett offen war und das am Anfang den Raum gegeben hat für einen Austausch mit den direkten Bewohner:innen im Kiez. Man konnte sich kennenlernen und Vertrauen zueinander gewinnen. In einer nächsten Phase wurden dann auch im Rahmen des Treffens Entscheidung

getroffen und diese mussten dann auch mit Leben gefüllt werden. Dieser Übergang vom reinen Austauschen hin zu einer Veranstaltung in der für den Kiez nicht unbedeutende Entscheidungen getroffen werden ist ein sehr langer Prozess und nicht gerade einfach. Es ist ein sehr steiniger Weg voller Frustration und wir stellten dabei sehr schnell fest das wir noch viel lernen müssen.

Schließlich ist es auch so das die Sozialisierung von Entscheidungsprozessen in der kapitalistischen Gesellschaft gegen uns arbeitet. Menschen sind eben nicht daran gewöhnt sich einmal im Monat zu treffen und auszudiskutieren was hier im Kiez nicht läuft und was wir als Bewohner:innen selbst machen können um das zu ändern. Aber wir schafften es mit sehr wenigen Menschen diese Treffen regelmäßig zu veranstalten. Dabei müssen wir auch erwähnen das sich die Besucherzahlen im ersten Jahr zwischen 10-30 Menschen einpendelten. Während Veranstaltungen des Quartiersmanagement über die Errichtung von Pollern zur Verkehrsberuhigung um die 200 Menschen zogen. In einem sehr kleinen Rahmen konnten wir wirklich diverse Menschen an das Treffen binden und es entstanden auch sehr schöne Momente, zum Beispiel wo etwa ein älterer Herr um die 80, der das erste mal mit Bewohner*innen der Rigaerstrasse 94 konstruktiv reden konnte.

Wir konnten auch gute Themen setzen ein Beispiel ist eine Kommission die sich mit dem Bau des Amazon Towers an der Warschauerstrasse beschäftigt hat, die letztlich in eine Demonstration dagegen mit knapp 1.000 Menschen gegipfelt ist. Auch konnten wir eine Solidaritätskommission für die Häuser ins Leben rufen, die noch heute aktiv ist. Aber rückblickend hatten wir uns den falschen Kiez ausgesucht. Denn obwohl wir mit dem Subkulturellen brechen wollten wurde uns durch die Nähe zu mehreren Hausprojekten dieses Thema immer wieder aufgedrückt. Mit dem Beginn

von Corona 2020 mussten wir die Nachbar:innenversammlungen beenden. Aber abschließend erkennen wir an das diese Art der offenen Nachbarschaftversammlungen ein wichtiger Pfeiler unsere politischen Praxis sein wird, korrigiert von den Fehlern und Erfahrungen die wir in unserem ersten Jahr in Friedrichshain gemacht haben. Natürlich reicht es nicht nur diese eine Versammlung zu machen und es damit gut sein zu lassen.

Es braucht verschiedenste Arten der Praxis um die Gruppe bekannt zu machen und Vertrauen zu schaffen. Eine ebenfalls sehr gut besuchte regelmäßige Veranstaltung war das Kiezkino - hier gibt es die Möglichkeit ohne viel Arbeit eine regelmäßige Veranstaltung zu organisieren. Wir haben von Anfang an mit einer Initiative zusammengearbeitet die ebenfalls Kinoveranstal-

tungen organisiert. In der Auswahl der Filme versuchten wir zu illustrieren das es auch andere Kämpfe als die eigenen gibt und jedem Kampf zumindest die Möglichkeit innewohnt diesen auch zu gewinnen. Gepaart mit einem kurzen Vortrag der Leute die entweder Teil des Kampfes waren oder der Filmemacher:innen hatten wir eigentlich durchweg sehr gut Veranstaltungen.

Ein ähnliche Veranstaltungsreihe war “Was tun, wie leben?” konzeptuell ging es hier darum Vertreter*innen verschiedener sozialer Bewegungen einzuladen und mit ihnen zu diskutieren was genau Basisarbeit sein kann. Vor Corona haben wir es leider nur einmal geschafft diese Veranstaltung stattfinden zu lassen. Hier sprach ein Genosse aus Italien von der gesellschaftlichen Organisation in Norditalien und Nordsyrien. Beide Prozesse sind dabei viel weiter als es hier in Berlin oder Deutschland der Fall ist. Für uns als aktive der Gruppe war das eine sehr inspirierende Veranstaltung die auch ihren Platz in unserem neuen Konzept finden wird.

Weitere positive Erfahrungen haben wir mit einer eigenen Zeitung gemacht, dem Kiezecho. Ein weiteres wichtiges Instrument waren und sind die Kiezbefragungen. Diese Befragungen sind inspiriert von den Militanten Untersuchungen der Operasisten aus Italien. Ähnlich wie diese geht es uns zum einen darum mit den Leuten ins Gespräch zu kommen uns vorzustellen und auch den Kiez kennenzulernen aber zum anderen geht es darum eben genau diese Dynamik zu untersuchen von der wir am Anfang gesprochen haben. Es geht darum diesen Prozess empirisch zu erfassen und Konsequenzen für unsere Praxis abzuleiten. Diese Untersuchungen leben durch ihre Auswertung und mit diesem Fokus werden wir sie weiterhin in unsere Konzepte einarbeiten.

Kurz bevor Corona in Deutschland angekommen war haben wir auch ein weiteren wichtigen Pfeiler unserer Praxis ausprobiert. Diesem liegt zugrunde das große Schichten unserer Klasse so prekär sind das ihre Grundbedürfnisse nicht gedeckt sind. Wir haben festgestellt daß, das dies dem Bewusstsein und der Organisation im Weg steht. Also wenn dein Hartz in der Mitte des Monats verbraucht ist und du nicht weißt, wie du Essen auf den Tisch bekommst, für deine Kinder. Dann wirst du ehr mit der Beschaffung von Essen und Geld beschäftigt sein als mit der Organisation von Menschen.

Der Kapitalismus ist es sehr gut darin diese Probleme zu individualisieren und Menschen voneinander zu trennen und entfremden. Unser Ansatz war nun der auch Programme zu entwickeln in dem wir Menschen zusammenbringen um genau das zu tun. Notwendige Bedürfnisse des täglichen Lebens gemeinsam stemmen. Das kann die Gestalt von regelmäßige Küchen mit gesundem nahrhaften Essen, genauso wie regelmässige Kinderbetreuung und Schulungen zu



Lebensmittelpakete des Überlebensprogramms unterstützt durch die Klassiker

ganz praktischen Dingen des Lebens annehmen. Diese Dinge gut organisiert schaffen Vertrauensverhältnisse und werden so zum Multiplikator von Organisation.

Inspiziert von der Praxis der Black Panther Party entwickelten wir ein Konzept in mehreren Phasen um genau diese Bedürfnisse zu befriedigen, Menschen zusammenzubringen und daraus Organisation anzustreben. Die erste Phase bestand da aus einer Volksküche die regelmäßig stattfinden sollte. In enger Abstimmung mit Höfen der solidarischen Landwirtschaft aus der Umgebung sollte von Nachbar:innen wöchentlich gutes Essen gekocht werden. Dies wird dann Gratis oder für sehr wenig Geld angeboten. In weiteren Phasen wollten wir uns vor allen Programme für Pädagogik, Medizin und Wohnen auflegen.

Im April 2020 also mitten in der Corona Epidemie konnten wir aus diesen Überlegungen ein sehr kleines Programm für wohnungslose Menschen organisieren. In dem wir Nahrungspakete und Wasser sowie selbst genähten Mundschutz verteilt haben. Die zubereiteten Nahrungsmittel (Obst, Sandwiches mit selbstgemachten Bohnenpattys, Gemüse und Sandwiches mit Erdnussbutter und Schokolade) im Paket hatten über 2.500 kcal, also über dem Tagesbedarf eines Erwachsenen Mannes zwischen 19 und 25 Jahren.

Dazu gibt es noch einen interessanten Sidefact: Die britische Regierung hat während Corona auch Lebensmittelpakete verteilt, an prekäre Familien. Da wie ein Regierungssprecher erklärte es unmöglich ist an solche Familien Geld zu zahlen, da diese Familien eh nur Drogen dafür kaufen würden. Die Lebensmittelpakete von uns hatten dabei fast genauso viel Kalorien wie die der britischen Regierung, nur mussten die der britischen Regierung für eine Familie und sieben Tage lang halten.

Unter dem Strich war das eine der erfolgreichsten Aktionen von der wir sehr viel positives Feedback bekommen haben. Natürlich kann das Programm so vereinzelt weder Antwort noch Lösung sein aber es wird uns helfen Gesellschaft an Hand richtiger Analysen und dem tiefen Verstehen verschiedener Lebenssituationen zu organisieren.

Die Lehren

Wir werden nun in einem andern Bezirk quasi von neuem beginnen. Wo bei, so stimmt das jetzt auch wieder nicht. Wir haben unsere Erfahrungen der letzten beiden Jahre, die uns sehr viel bereichert haben. Wir haben eine viel konkretere Vorstellung unseres Weges als Aktivist:innen. Die Entscheidung den Stadtteil zu verlassen und einen Laden in Lichtenberg zu eröffnen ist wichtiger Teil dieses Prozesses.

Der Laden soll dabei kein Rückzugsort der linken Szene sein. Nein er soll aktiver Part des sozialen Lebens im Kiez werden und vor allem ein politischer Ort. Mit dem angeschlossenen Cafe wollen wir auch ökonomische Grundlagen für Gegenmacht legen. Es ist der Versuch sozial-ökologisch ein Betrieb zu führen. Etwaige Gewinne fließen zurück in die Struktur um den Laden. Wir sind der Meinung das sich progressive gesellschaftliche Konzepte wie das von Kommune auch heute hier in Berlin viel intensiver mit ökonomischen Grundlagen auseinandersetzen müssen um für die angestrebte politische Gegenmacht die notwendigen finanziellen Fundamente bereitstellen zu können.

Unser politisches Programm werden wir weiterentwickeln und mit dem weiter oben schon erwähnten Infoveranstaltungen, Kino und offenen Nachbarschaftstreffen beginnen. Das Überlebensprogramm werden wir anpassen und erweitern. Der Laden gibt uns dazu auch logistisch ganz neue Möglichkeiten an die Hand.

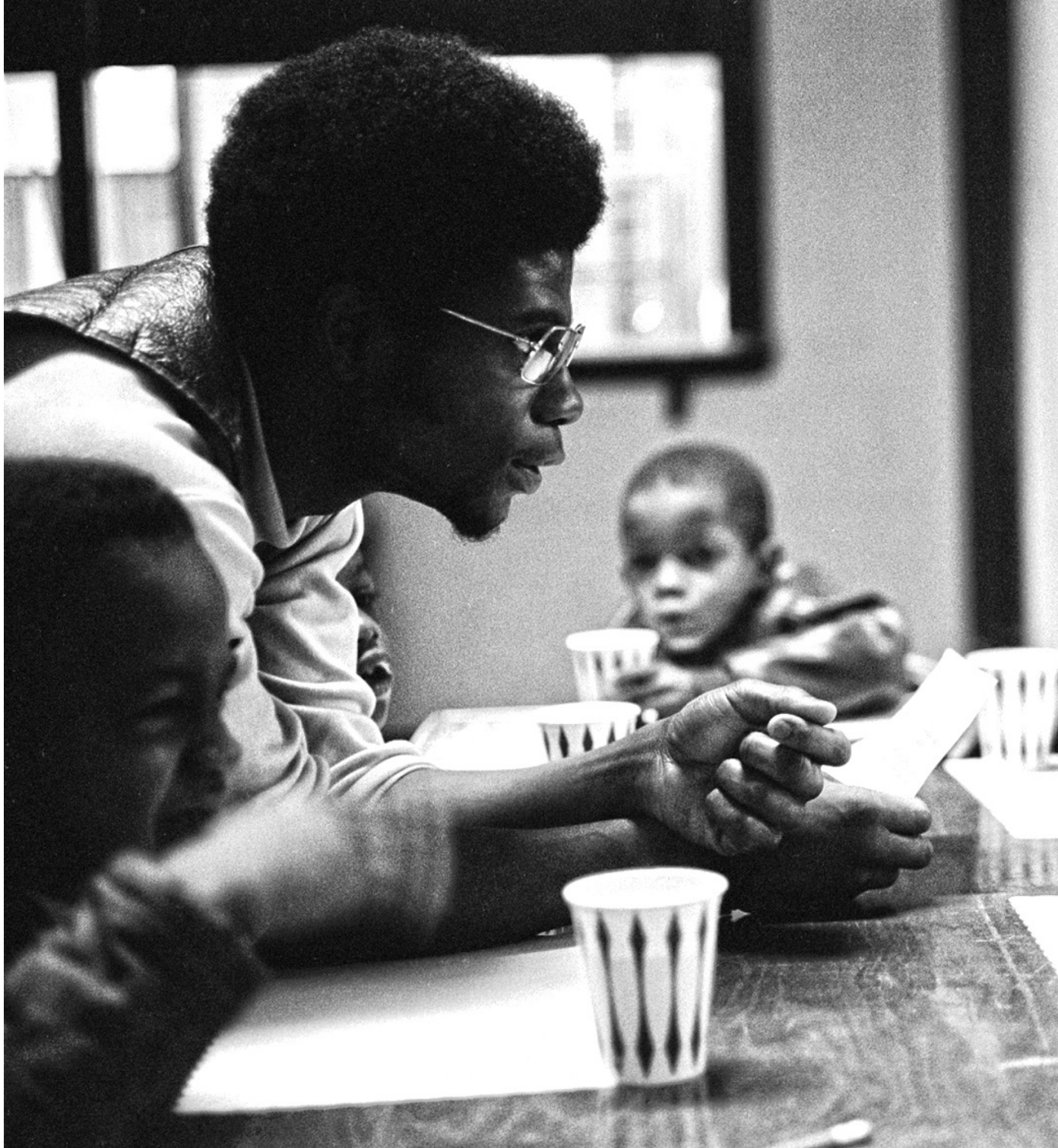
Der Ort des neuen Ladens, im Weitlingkiez in Lichtenberg ist dabei vor allen auch ein politisches Bekenntnis. Ein Laden im Herzen diese ehemaligen Nazikiezes ist für uns nicht nur ein Zeichen für aktiven Antifaschismus sondern auch ein Statement dafür das es mehr als notwendig ist wieder revolutionäre politische Arbeit in Ostberlin zu leisten. ☆

Kiezkommune | Friedrichshain-Lichtenberg

Neuer Kiezladen: Weitlingstraße 97,10317 Berlin
Nähe Bahnhof Lichtenberg
- Eröffnung im Juni 2021 geplant -
E-Mail: kiezkommune_friedrichshain@systemli.org
Web: kiezkommune.noblogs.org



Studenten protestieren im Mai 1968 in Paris



1966 beginnt die Black Panther Party in Kalifornien mit ihren „Service to the people programs“ (Bildungs- und Ernährungsprogramme). Sie weckte damit die Hoffnungen und Bedürfnisse der Lo



Ein türkischer Junge erhebt während einer Solidaritätskundgebung für die 42.000 streikenden Bergleute im November 1990 auf den Kohlefeldern von Zonguldak einen Hammer.



Antifaschistische Gedenkdemo 2017 in Berlin-Friedrichshain zum 25. Todestag von Silvio Meier



Am 1. Januar 1959 fiel die Regierung des kubanischen Diktators Batista unter den Schlägen der Revolutionsarmee. Die Truppen von Fidel Castro marschierten in Havanna ein.



kalen Gemeinschaft und löst eine der größten sozialistischen revolutionären Bewegungen in den Vereinigten Staaten von Amerika aus. Die Aktionen und Kampagnen der Black Panther standen unter dem Motto „All Power To The People“. Sie sind ein Vorbild für revolutionäre Stadtteilpolitik in unseren Kiezen.



Republikanische Milizionärin auf dem Plaça Catalunya 1937



Die Kommune von Fatsa - 1979

Ein Jahr Migrantifa – Entwicklungen und Perspektiven

Wir haben uns als migrantische Selbstorganisation gegründet, weil neun unserer Geschwister am 19. Februar 2020 in Hanau kaltblütig von einem Faschisten ermordet wurden. Ein Jahr ist seitdem vergangen. Ein Jahr, in dem wir Ohnmacht und Isolation durch kollektive Entschlossenheit ersetzt haben.

Migrantifa Berlin

Wir haben uns gegründet, weil in diesem Land kein Tag vergeht, an dem migrantische Menschen nicht von der Polizei und den Behörden erniedrigt oder ermordet werden. Ein Jahr, in dem viele von uns den Glauben daran, dass es sich lohnt zu kämpfen, wiederbelebt oder gar zum ersten Mal entwickelt haben.

Wir haben uns gegründet, weil wir erkannt haben, dass wir selbst die Einzigen sind, die uns beschützen können.

Der Lernprozess

Ein Jahr ist vergangen, in dem sich aus vagen Träumereien von einer gerechteren Zukunft konkrete politische Visionen geformt haben.

Ein Jahr in dem wir gelernt haben, dass der Rassismus sich in der kapitalistischen Gesellschaft nicht auflösen lässt. Dass wir uns nicht zufrieden geben mit Krümeln vom Kuchen, die uns hier und da zugeworfen werden, sondern dass wir Baklava für alle wollen. Dass das Ziel, für das wir kämpfen wollen, eine befreite Gesellschaft ist.

Ein Jahr, in dem wir verstanden haben, dass wir Veränderung im Hier und Jetzt leben müssen, ehrliche Solidarität untereinander und mit unseren Communities aufbauen müssen; dass wir lernen müssen kollektiv zu denken, zu arbeiten und ja, auch zu fühlen. Die Vereinzelung zerquetscht uns, sie macht uns krank und angreifbar.

Ein Jahr, in dem wir mit der linken Szene und Menschen aus der Nachbarschaft ins Gespräch gekommen sind. In dem wir viele Beziehungen aufgebaut und Solidarität erlebt haben. In dem wir aber auch gelernt haben, dass nicht alle auf unserer Seite kämpfen, auch wenn sie sich selbst so darstellen.



Demonstration gegen Rassismus und Polizeigewalt organisiert von Migrantifa am 18. Juli 2020 in Berlin

Ein Jahr, in dem wir erkannt haben, dass wir langfristig denken und planen müssen, dass Aktionismus allein nicht ausreicht. Dass wir weg davon müssen Politik zu machen, die einzig und allein in die linke Szene wirkt und einen ganz spezifischen Anspruch an die Bedeutung von "links sein" hat. Wir müssen zurück in unsere Klasse und unsere Kämpfe mit denen zusammenführen, die nicht an Universitäten ausgebildet oder in der linken Szene sozialisiert wurden. Wir müssen eine klassenkämpferische Praxis entwickeln, die unsere migrantischen Geschwister mitnimmt!

Ein Jahr, in dem wir vor allem gelernt haben, dass es noch viel zu lernen gibt!

Die Tradition

Aber was ist ein Jahr Migrantifa im Vergleich zu 65 Jahren migrantischer Selbstorganisation in der BRD? Wir blicken auf ein vielfältiges Erbe zurück. Ob es die zahlreichen Exilkämpfe sind oder die Versuche, sich ein Leben mit dem Fokus auf Deutschland aufzubauen.

Noch nie waren Migrant*innen passiv gegenüber dem Unrecht und der Ausbeutung, die sie in diesem Land erlebt haben. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele: die wilden Streiks der 70er Jahre, die Gastarbeiter*innen in den Fabriken für bessere Arbeitsbedingungen geführt haben; die Antifacist

Genclik, die sich in den 90er Jahren in Berlin gegen die zahlreichen Naziangriffe in dieser Zeit formiert haben oder die unermüdlichen Kämpfe für die Aufklärung von Morden an unzähligen unserer migrantischen Geschwistern durch die Hand von Faschisten - inner- und außerhalb des Staates. Mit allen Erfolgen und Rückschlägen wollen wir uns in Kontinuität zu dem

stellen, was unsere Genoss*innen vor uns aufgebaut haben und gemeinsam aus diesen Entwicklungen lernen.

Die Ziele

Wir sehen die Notwendigkeit revolutionärer migrantischer Selbstorganisation mit einem Fokus auf unser Leben in Deutschland: Wir brauchen kommunale Strukturen in unseren Nachbarschaften, und zwar zu unserem Schutz und unserem Überleben in diesem Land. Zusätzlich müssen wir eine breite antirassistische und antifaschistische Bewegung in Deutschland aufbauen. Wir verstehen uns als Internationalist*innen, was bedeutet, dass wir die revolutionären Kämpfe unserer Genoss*innen in anderen Teilen der Welt als Teil unserer Kämpfe in Deutschland verstehen und aktiv mit linken migrantischen und internationalistischen Organisationen zusammenarbeiten.

Migrantifa bedeutet nicht nur für Migrant*innen, sondern für uns alle zu kämpfen. Auch wenn unser Ausgangspunkt migrantische Menschen sind, sind wir der festen Überzeugung, dass wir Hand in Hand und auf Augenhöhe mit unseren deutschen Geschwistern zusammenarbeiten müssen, um der Unterdrückung dieses Staates etwas entgegen zu setzen.

Ein Jahr Migrantifa und wir stehen noch ganz am Anfang. Lasst uns gemeinsam neue Wege wagen. Yallah! ☆

Migrantifa Berlin

Web: migrantifaberlin.wordpress.com

Facebook: facebook.com/migrantifabln

Twitter: twitter.com/BEMigrantifa

Kiezspaziergänge für eine solidarische Nachbarschaft von unten

Wir kämpfen für eine Nachbarschaft in Neukölln, die sich kennt, unterstützt und gemeinsam organisiert.

Kiezkommune Neukölln

Wir konnten im vergangenen Jahr nicht mehr hinnehmen, dass Neo-Nazis versuchten, in unserem Kiez Platz zu finden und vor allem gezielt gegen Geschäfte von Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen, Gewalt anwendeten und versuchten ihre Orte zu zerstören. Darüber hinaus lösten die Corona-Maßnahmen der Regierung in uns Wut aus. Denn jegliche sozialen Orte wurden geschlossen, politische Arbeit erschwert und wir sollten und sollen in überfüllten Bahnen zur Arbeit fahren.

Aus diesem Anlass kamen wir als Migrantifa Berlin, Kiezkommune Neukölln und Nachbar:innen zusammen und überlegten gemeinsam, wie wir unsere Ideen mit den Menschen aus Neukölln verwirklichen können - wie wir zeigen können, dass Neukölln sich aktiv und selbstbewusst gegen rassistische und

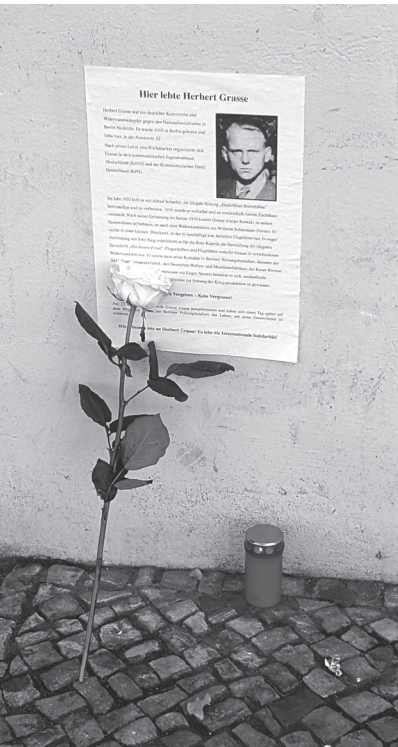
geschlechtsspezifische Gewalt und Ausbeutung stellt. Wie wir trotz der Pandemie, unter Berücksichtigung des Infektionsschutzes, Orte der Begegnung und des Austauschs schaffen können.

Wir begannen gemeinsam Kiezspaziergänge zu organisieren, bei denen wir vor allem Geschäfte wie Spätis, Shisha-Bars und Cafés über die Naziangriffe informierten und in gemeinsamen Austausch mit den Arbeitenden kamen. Mit der Zeit fanden die Kiezspaziergänge auch zu anderen Themen wie zur Corona-Politik, dem faschistischen Anschlag in Hanau und anlässlich des 8. März zu Feminiziden statt. Darüber hinaus sind nun die Gruppen Gemeinsam Kämpfen und Solidarische Aktion Neukölln mit im Vorbereitungskreis.

Mit den Spaziergängen entwickelte sich die Idee, in unseren Kiezen mehr

auf den Straßen zu sein, so gibt es mittlerweile auch Essensausgaben, Kiezboxen (Umsonst-Boxen mit Mitteln des täglichen Bedarfs) und gelegentlich Informationsstände mit Tee. Mit unseren Aktionen wollen wir die Nachbarschaft zusammenbringen und gemeinsam überlegen, wie wir uns zusammenschließen und Alternativen aufbauen können. Ziel ist es, den Kiez gemeinsam zu gestalten, zu überlegen, was gebraucht wird, wie wir gemeinsam leben wollen, wie wir uns bei Bedarf unterstützen und wie wir uns gegen Angriffe selbst verteidigen können. Letztendlich wollen wir uns mit unserer Nachbarschaft organisieren.

Die Kiezspaziergänge sind offen für alle Menschen, die in Neukölln leben und auch für weitere Gruppen, die für eine solidarische Nachbarschaft von unten kämpfen. ☆



Antifaschistisches Gedenken: Im November 2020 organisierte die Kiezkommune Neukölln einen Stadteilspariergang in Erinnerung an Neuköllner Widerstandskämpfer:innen im Rahmen der „Internationalen Woche der Solidarität und des Widerstandes“

Kiezkommune | Neukölln

E-Mail: kreuzberg-neukoelln@kiezkommune.org

Web: kiezkommune.noblogs.org

EZLN – Besuch einer mexikanischen Delegation in Europa

Im Sommer 2021 soll eine Delegation der EZLN (Zapatistische Befreiungsarmee) und anderer Gruppen nach Europa kommen. Wir sprachen mit Bahram und Feli von Ya Basta Rhein Main und Teil des bundesweiten Vorbereitungskreises für die zapatistische Reise.

Redaktion

Die Zapatist:innen haben ja schon mehrfach große Delegationen quer durch Mexiko entsandt. Zuletzt wohl die „Andere Kampagne“ in Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2006, bei der sie quer durchs Land gereist sind um mit allen sozialen und politischen Bewegungen zu reden. Was sind die Ziele und wie ist die Idee der nun geplanten Delegation entstanden?

Bahram: Diese Reise jetzt ist quasi ein weiterer Schritt von den verschiedenen Aktionen, die du erwähnt hast. Diesmal nur außerhalb von Mexiko. Also mit vielen sozialen, kämpferischen Bewegungen, kämpferischen Frauen zusammenzukommen, um sich zuzuhören, sich gegenseitig anzunähern.

In unseren ersten Gesprächen haben wir es so verstanden, dass eine Delegation kommt und wir machen Veranstaltungen, damit sie über die Situation in Chiapas berichten können. Aber die Zapatist:innen haben klargestellt, dass das nicht das Ziel ist. Sie wollen hören, sie wollen in eine Kommunikation eintreten. Ihre Idee ist nicht nur, dass sie sich vorstellen, sondern auch dass wir uns vorstellen und sagen was wir machen und was wir zusammen machen können. Sie haben dann eine Reihe von Flugblättern veröffentlicht. Im letzten Flugblatt, der Deklaration für das Leben, haben sie dann klargestellt, dass sie kommen, um in diese Auseinandersetzung zu treten und dass der ein oder andere diese Zusammenarbeit vielleicht weiterführt und andere aber auch sagen werden: Nein das reicht mir, das war es auch für mich.

Also zu der Frage: was erwarten sie von dieser Delegationsreise? Das ist von Seiten der zapatistischen Befreiungsbewegung ganz offen was danach passiert. Wichtig ist erstmal das wir zusammenkommen und Ohren für die anderen hat.

Ihr habt gesagt es gibt bisher wenig spezifische Erwartungen. Könnt ihr euch vorstellen was europäische Gruppen während der Delegation vorstellen können?

Feli: Sie haben ganz klar gesagt, sie wollen sich mit allen Menschen treffen, die von links und unten, Widerstand leisten. Im ersten Kommuniké, in welchem sie die Delegation bekannt gegeben haben, nennen sie auch vier

große Bereiche. Einmal stellen sie das in den Kontext der zunehmenden Gewalt gegen Frauen. Weiterhin geht es um die zunehmende Umweltzerstörung und die Rücksichtslosigkeit der Ressourcenausbeutung. Die kapitalis-



Viva EZLN! Vida a la Resistencia! Faschisten und Unterdrücker kommen nicht durch.

tische Ausbeutung und die ganz neue Situation in der Corona-Krise, mit der Vereinzelung und dem fehlenden Zusammenhalt. Insofern sagen sie, alles was in diesem Kontext steht und alles was in diesem Kontext an Widerstand stattfindet, ist interessant für sie. Das möchten sie kennenlernen. Und ich denke, so wird das auch hier diskutiert. Also alle Leute, die gegen den Kapitalismus aufstehen im weitesten Sinne, in all seinen Facetten, das sind diejenigen Leute, die auch ein Interesse daran haben sich mit den Zapatist:innen auseinander zu setzen.

Wie ist denn die politisch-organisatorische Lage derzeit vorort? Wie ist die Situation mit Corona in Mexiko?

F: Die Situation in Mexiko ist fatal. Die letzte Nachricht war, dass Mexiko an dritter Stelle weltweit der Sterbefälle im Bezug zu Covid-19 steht. Die Regierung ist extrem dilettantisch im Umgang mit der ganzen Situation. Das Gesundheitssystem ist ohnehin kein Gutes. Nur für Menschen mit Geld steht eine gute Versorgung zur Verfü-

gung. Auf der anderen Seite sind die Menschen in keiner Weise in der Lage Beschränkungen der Kontakte umzusetzen, weil in Mexiko extrem viele Menschen darauf angewiesen sind jeden Tag zur Arbeit in sehr prekären



Viva EZLN! Vida a la Resistencia! Faschisten und Unterdrücker kommen nicht durch.

Verhältnissen zu gehen. Die Situation ist katastrophal. Die Situation in Chiapas und den zapatistischen Gemeinden ist grundsätzlich anders. Der Umgang war von Anfang an schon anders. Mit ihren eigenen Mitteln aber sehr konsequent, haben sie dafür gesorgt, dass die Zahl der Toten in Chiapas sehr niedrig ist. Bis November sind nur acht Tote zu beklagen gewesen.

Die politische Situation hat sich in den letzten Jahren nicht verbessert. In der Regierung gibt es ja einen Präsidenten, der als angeblich links angetreten ist und im Sinne der Bevölkerung, der armen Menschen regieren wollte. Das hat sich nie bewahrheitet. Viele Menschen hatten das aber erwartet. Die Zapatist:innen selbst nicht. Die Großprojekte, die auch gerade in Chiapas laufen, werden weiter vorangetrieben. Die Militarisierung der Gesellschaft und der Polizeikräfte geht weiter, die Repression gegen die sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen geht weiter und auch die Femizide haben nicht nachgelassen. Das ist die politische Situation. Gerade in Chiapas ist

die indigene Bevölkerung extrem unter Druck durch die Großprojekte wie Staudämme. Ich denke, dass ist auch mit ein Grund für die Delegation um darauf nochmal einen Fokus zu legen. Denn natürlich geht es auch darum



die Solidarität für den Widerstand in Mexiko wieder mitzunehmen.

Vor nicht allzu langer Zeit wurde von der EZLN ja auch bekannt gegeben, dass die Selbstverwaltung massiv ausgeweitet wurde. Gerade in einer Zeit wo viele Bewegungen in der Defensive sind, sind sie in die Offensive übergegangen. Das ist ziemlich bemerkenswert.

B: Ja, ich glaube, die Zapatist:innen kennen den Wert der Sprache und der Wörter genauso wie sie den Wert von Stille kennen. Sie haben der Zeit wo sie nicht reden, wo es keine Kommunikés und Aktionen gab, einen Wert gegeben. In dieser Zeit haben sie wie die Ameisen ganz viel gearbeitet und gebaut. Deshalb kommen plötzlich so viele neue Gemeinden zur Selbstverwaltung dazu. Sie sind nicht still, auch wenn wir hier nichts davon hören. Diese Taktik wiederholt sich seit 25 Jahren immer wieder. Sie reden nicht, denn dadurch kann der Feind nicht einschätzen, wo du stehst. Militärisch und politisch bist du weniger

angreifbar. Ich kann mich erinnern, wo einmal fast zwei Jahre diese Stille war, kamen in den Zeitungen plötzlich Nachrichten über Geliebte von Subkommandante Marcos, so wie in diesen Klatschblättern. Nur damit sie irgendetwas sagen, ein Dementi herausgeben. Das ist natürlich nicht einfach, denn die Gesellschaft und auch die Linke zwingen dich ja unaufhörlich etwas zu sagen. Aber es geht darum, etwas aufzubauen.

Die Offensive im letzten Jahr war dann quasi um zu zeigen: „Schaut her, wir haben unaufhörlich gearbeitet und viele neue Gemeinden aufgebaut, in der Zeit wo wir still waren.“

Was motiviert euch denn an der Vorbereitung mitzuwirken?

B: So eine Vorbereitung für die Delegation bedeutet für mich auch immer auf alle anderen Beteiligten zuzugehen und ich glaube, dass ist für uns selbst eine Erfahrung zu hören was die anderen Gruppen machen wollen. Wir lernen gerade sehr viel wie alle an die Themen rangehen und auch welche Themen für die anderen wichtig sind. Das sind ja auch ganz oft andere Themen als wir kennen. Und genau das ist die Hoffnung, die ich mit der Vorbereitung der Reise verbinde.

F: Ob die Ziele unserer Delegation wie die der Zapatist:innen erfüllt werden, hängt auch an jedem einzelnen von uns. Es gibt einfach niemanden, an den man diese Verantwortung delegieren sollte. Wir brauchen jeden einzelnen mit all seinen Fähigkeiten, um das zum Leben zu erwecken. Seien es die Übersetzer:innen, die Busfahrer:innen, die Techniker:innen, die vielen Leute, die ihre Erfahrungen weitergeben wollen und nicht zuletzt diejenigen, die Fragen an die Delegation haben. Auch die Leute, die Geld mitbringen und Solikonzerte organisieren. Sodass es ein Erfolg wird, und damit meine ich auch, dass wir hier etwas unter uns dauerhaft verändern und uns im Widerstand stärken. Dass für uns klarer wird, dass wir diesen Kapitalismus weder humanisieren, noch reformieren noch irgendwie bändigen können, sondern zerstören müssen. Dafür brauchen wir alle, die schon teilnehmen, und alle, die sich noch beteiligen wollen. Und daran möchte ich mitwirken. ☆

Griechenland in den Zeiten der Pandemie Überall Polizei, nirgendwo Intensivstationen

Greichenland Solidaritätsreisegruppe

Ins Blickfeld geriet Griechenland vor ca. 10 Jahren: Die Proteste in Form von Platzbesetzungen erreichten auch Athen. Monatelang war der Syntagmaplatz unweit des Parlaments von überwiegend jungen Leuten besetzt. Fehlende Zukunftsperspektiven vor dem Hintergrund einer nur noch auf Profit ausgerichteten Politik trieb die Menschen auf die Straße in Madrid

und New York, ebenso wie in Kairo oder Tunis und Athen. Der Syntagmaplatz wurde gewaltsam geräumt. Gleichzeitig führte die enorme Staatsverschuldung zu einer ungekannten Staatskrise.

Die europäischen Gläubigerstaaten legten dem Staat die Daumenschrauben an und zwangen zu drastischen

Sparmaßnahmen, die vor allem die unteren Schichten, Lohnabhängige, Rentner*innen und Jugendliche trafen. Das staatliche Gesundheitswesen wurde nahezu ruiniert. 30 % der Griech*innen konnten sich keine Krankenversicherung mehr leisten. Im ganzen Land entwickelte sich eine soziale Bewegung. Solidarische Arztpraxen entstanden, um die medizinische

Grundversorgung in ehrenamtlicher Arbeit zu organisieren. Suppenküchen für Notleidende wurden eingerichtet. Kollektive organisierten die Versorgung mit Lebensmitteln direkt von den Bauern zu den Verbrauchern.

Der Widerstand von staatlich Beschäftigten gegen ihre bevorstehende Entlassung wurde im ganzen Land

unterstützt. Die Proteste im ganzen Land führten dazu, dass die bis dahin kleine Partei „Bündnis der radikalen Linken“ „Syriza“ in die Regierung gewählt wurde.

Das Versprechen, die Memoranden mit den Spardiktaten zu beenden, stieß auf den geschlossenen Widerstand der Gläubigerstaaten, allen vor-

an Deutschland. Nach sechs Monaten konfrontativer Verhandlungen mit der „Troika“, bestehend aus der Europäischen Zentralbank (EZB), der Euro-Kommission und dem IWF, kam es zur Kapitulation der neuen Regierung nachdem die EZB gedroht hatte das Land finanziell zu strangulieren. Zuvor hatte noch eine massenhafte Mobilisierung der Menschen für ein Referendum gesorgt, bei dem die Spardiktate mit einer 2/3 Mehrheit abgelehnt wurden.

Die Enttäuschung über die großen Hoffnungen führte 2019 zur Abwahl von „Syriza“. Die konservative Partei „Nea Demokratia“ erreichte die Mehrheit. Der Kurs der Privatisierungen wurde forciert. Von den vorangegangenen Regierungen wurden bereits Häfen, Flughäfen und sogar Strände privatisiert. Aktuell stehen der moderne Hauptstadtflughafen, die Energieversorger Gas und Strom, die Netze sowie der Immobilienbereich auf der Einkaufsliste internationaler „Investoren“. 2,3 Milliarden sollte das im Jahr 2020 bringen. Allerdings zwang die Coronapandemie die Regierung zu einer Pause.

Links gegen rechts

Dass die Ausrichtung der neuen Regierung stramm rechts ist, wird sichtbar dadurch, dass Anhänger der früheren Militärdiktatur ins Kabinett aufgenommen wurden. Demokratische Erungenschaften wie die Autonomie der Universitäten wurden gesetzlich abgeschafft. (Nach dem Ende der Obristendiktatur 1974 durften Polizisten die Universitäten gar nicht betreten.) Unter dem Vorwand von Schutzmaßnahmen gegen Corona wurden die traditionellen Gedenkdemonstrationen an den 17. November 1973 verboten. Dieser Tag hat einen hohen symbolischen Wert, weil zwar der Studentenaufstand gegen die Diktatur niedergeschlagen wurde, er aber gleichzeitig das Ende der Diktatur einleitete. Demos, die trotzdem stattfanden, wurden brutal niedergeknüppelt. Die Scheinheiligkeit der Begründung für die Demoverbote zeigt sich darin, dass Feierlichkeiten der orthodoxen Kirche mit Massenansammlungen toleriert wurden.

An den Hochschulen sollen nunmehr Polizeikräfte stationiert werden, um

oppositionelle Bestrebungen zu kontrollieren. Im Gefängnis trat Dimitris Koufontinas, Vertreter der früheren Stadtguerillagruppe 17 N (steht für 17.November), in einen Hungerstreik und schwebte zwischen Leben und Tod. Er forderte Haft erleichterungen, die ihm rechtlich zustanden. Extra für ihn wurde ein Gesetz gemacht, das verschärfte Haftbedingungen vorsieht. Er war von einem Gefängnis, in dem er landwirtschaftliche Arbeit verrichten konnte, in ein Hochsicherheitsgefängnis mit unzumutbaren Bedingungen verlegt worden. Dieses Vorgehen hat viele Menschen aufgerüttelt; zu Tausenden sind sie auf die Straße gegangen.

Die Coronapandemie brachte die Krankenhäuser ans Limit. Die Betten auf den Intensivstationen sind ausschließlich mit Coronapatient*innen ausgelastet. Alle anderen mussten in private teure Kliniken ausweichen, wenn sie sich das leisten konnten. Statt ins marode Gesundheitssystem zu investieren, gibt die Regierung 20 Milliarden für neue Jagdflugzeuge aus. 20 Millionen werden ausgegeben, um hunderte Polizisten für den Einsatz

an den Universitäten einzustellen. Aus Protest gegen die neuen Gesetze haben die Studenten die Universität von Thessaloniki besetzt. Beim Versuch der Räumung wendete die Polizei massiv Gewalt an. Aber auch kleinere Versammlungen werden angegriffen. Videos von brutalen Prügelattacken machen die Runde. Die Proteste gegen die Maßnahmen der Regierung werden hier nicht von Coronaleugnern getragen, sondern von empörten Menschen, die sich gegen Polizeigewalt und die katastrophale Gesundheitspolitik richten.

Internationale Solidarität

Griechenland ist polarisiert zwischen dem immer weiter nach rechts rückendem Staat und einer wachsenden Protestbewegung. Das immerhin hat die Regierung Mitsotakis erreicht: Die Linke erlebt unabhängig von ihren unterschiedlichen Fraktionen einen Aufschwung. Auch die Solidaritätsbewegung in Deutschland meldet sich wieder zu Wort.

Der Widerstand gegen die Spardiktate der Europäischen Union hat in den

zurückliegenden 10 Jahren zu einem internationalistischen Austausch zwischen Gruppen hier und in Griechenland geführt. Eine Vielzahl von gewerkschaftlichen Kämpfen, Widerstand gegen Umweltzerstörung wie gegen den Goldbergbau im Norden Griechenlands, für bessere Gesundheitsversorgung waren Gegenstand in den Diskussionen bei den gegenseitigen Besuchen und gemeinsamen Veranstaltungen, die stattgefunden haben.

Lockdown und Bewegungseinschränkungen haben auch hier bei uns zu einer Unterbrechung geführt. Die neu aufflammende Bewegung in Griechenland fordert von uns mehr Unterstützung und mehr gemeinsames Handeln. ☆

Aufruf zur revolutionären-internationalistischen 1. Mai Demonstration 2021 in Berlin

Revolutionäres-internationalistisches 1. Mai-Bündnis

Die Herrschenden hielten sich wahrscheinlich für sehr schlau, als sie letztes Jahr zu Beginn der Pandemie versuchten, den Begriff Solidarität zu erbeuten.

Abstand halten sollen wir. Uns isolieren. An die Alten und Kranken denken, die überarbeiteten Pflegekräfte nicht noch weiter belasten. Ja, auf einander achten und Menschenleben nicht leichtfertig aufs Spiel setzen ist wichtig. Was sie jedoch verschweigen ist, dass sie diejenigen sind, die, die Bedingungen der Unmenschlichkeit erst geschaffen, das Gesundheitssystem kaputt gespart, Lohndumping ermöglicht und Privatisierung vorangetrieben haben. Sie sind es, die Profitinteressen über Gesundheitsschutz und Existenzsicherung der vielen stellen. Sie sind diejenigen, die von unserer Arbeitslosigkeit profitieren und uns dann bei jedem Gang ins Jobcenter erniedrigen.

Und dann versuchen sie uns ihre dürtigen Maßnahmen, als Solidarität zu verkaufen. Sie predigen die individuelle Verantwortung jedes Einzelnen – und vertreten dann bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Interessen der Konzerne und nie unsere.

Da wo ihr System, der Kapitalismus, scheitert, sollen wir uns weiter voneinander isolieren, wir sollen unsere Jobs verlieren, aber unsere Miete zahlen; andere sollen Überstunden leisten, auf

Löhne verzichten und ihre Gesundheit ruinieren; wir sollen warten, monatelang, für ein bisschen Geld, das uns nach siebzig Jahren schufteten in Almannya doch eigentlich zustehen sollte. Wir sollen sterben, damit sie nicht in die Verantwortung gezogen werden. Denn eigentlich sollen wir nicht solidarisch sein, sondern im Angesicht ihrer Gewalt, die sich nicht erst seit der Corona-Pandemie zeigt, aber jetzt noch schlechter als je verhüllen lässt, die Augen verschließen. Das werden wir nicht tun.

Denn wir wissen, dass die Überausbeutung migrantischer Arbeiter*innen sowie der Arbeiter*innen im globalen Süden, einen großen Teil des kapitalistischen Systems bildet.

Dass die Herrschenden hier in ihren Villen im Grunewald und ihren 240qm Lofts in Mitte, ihr liberales Scheißleben führen und jetzt von Verantwortung reden können, ist nur dadurch möglich, dass die Früchte unserer Arbeit gestohlen wird. wegen der Überausbeutung der Arbeiter*innen, vor allem der Arbeitskraft Vor allem werden Menschen im globalen Süden und Migrant*innen hierzulande eine extremere Ausbeutung ausgesetzt, weil die imperialistische Mächte ihre Länder durch Kriege, und Ausverkauf der Eliten knechtet. Frauen werden zusätzlich auch systematisch benachteiligt sodass sie als Migrant*innen eine mehrfache Ausbeutung erleben.

Egal ob in der Industrie, in der Pflege oder in der Haushaltsarbeit: der Wohlstand Deutschlands und Westeuropas ist auf unserem Rücken - dem Rücken der Arbeiter*innen und Ausgebeuteten hier und weltweit - geschaffen.

Und lasst uns nicht vergessen - die Lofts, die heute nur von wenigen bewohnt werden können, waren einst Arbeiter*innenwohnung für viele. Was für eine morbide Realität, in der unsere Freund*innen für ihre Obdachlosigkeit kriminalisiert werden, wenn doch die Obdachlosigkeit von den Herrschenden geschaffen ist. Was für unhaltbare Zustände also, wenn von der Unmenschlichkeit der Gentrifizierung, der Obdachlosigkeit und der Zwangsräumungen am meisten unsere migrantischen Freund*innen betroffen sind.

Zu lange schon wird unsere Arbeitskraft ausgebeutet, unsere Stimmen ignoriert, unsere Communities ermordet. Zu lange wurden unsere Körper und unsere Existenzen kriminalisiert, um den Ausbeutungsapparat des Kapitalismus durch immer wieder neue Formen des Imperialismus aufrecht zu erhalten.

Dabei ist es unser Überleben und das Erbe unserer Kämpfe, die die Hoffnung auf eine bessere Welt aufrecht erhalten!

Und deshalb wissen wir auch, was Soli-

darität bedeutet; wem sie gehört! Wir laden euch ein, gemeinsam mit uns am 1. Mai ein Zeichen zu setzen und die Tradition der internationalen, revolutionären Kämpfe unserer Vorfahren und Vorgänger*innen fortzuführen!

Wir wissen, dass wir nur einander haben und dass das Fundament einer neuen Welt nur gemeinsam gelegt werden kann. Deshalb ist es an der Zeit zu kämpfen, Hand in Hand! Mit unseren Nachbar*innen, Geschwistern, Kindern, Onkels und Tanten, mit unseren migrantischen Genoss*innen und Freund*innen ganz vorne voran, deren Arbeit es erst ist, die uns ermächtigt, den Kampf der Klassen zu führen.

Wir lassen uns nicht verkaufen, was uns schon immer gehört hat. Die einzigen, die sich fortan irgendetwas aneignen werden, das sind wir. Und wir holen uns zurück, was uns gehört! Unsere Solidarität zueinander, unsere Wohnungen, unsere Arbeitsplätze, unsere Gesellschaft, unsere Communities, unsere Straßen!

Kommt, damit wir am 1. Mai - dem Tag der internationalen Arbeiter*innenschaft - denen danken können, die durch das Werk ihrer Hände diese Welt geschaffen haben und die die Bedingungen für eine neue Welt möglich machen werden.

Kommt, damit wir die Solidarität der internationalen Arbeiter*innenklasse

historisch in all unseren Sprachen laut werden lassen.

Lasst uns nicht vergessen: Der Applaus lässt uns das Tagewerk nicht leichter ertragen, der Jubel von Balkonen macht den Arbeitstag nicht kürzer. Um zu danken, müssen wir verändern!

Lasst uns unsere Communities - die migrantischen Communities in Neukölln und Kreuzberg - nicht von ihrem Kampf entfremden. Lasst uns einen Ausdruck der Solidarität finden, der zum kämpfen mitreißt und erinnert an die historische Kontinuität migrantischer, diasporischer und internationaler Kämpfe der Arbeit. Lasst uns diejenigen ohne Papiere unter uns nicht vergessen, diejenigen unter uns mit kriminalisierten Körpern, und diejenigen unter uns, die immer nur eine Auseinandersetzung mit den Bullen davon entfernt sind, abgeschoben zu werden. Finden wir also neue Perspektiven des Protests, schützen wir uns gegenseitig, laden wir alle Passant*innen ein, sich in unsere Reihen einzufinden. Wir sind noch empfänglich für unsere Freund*innen, die in Not sind.

Denn wenn wir unsere Lage erkannt haben, wie sollen wir dann aufzuhalten sein? ☆

Spendenkonto für Repressionskosten

Das 1. Mai-Bündnis hat bei der Roten Hilfe Berlin ein Spendenkonto für die von Repression Betroffenen eingerichtet. Daraus werden Anwaltskosten, Verfahrenskosten und Strafen gemeinsam bezahlt. Getroffen hat es wenige gemeint sind wir alle!

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
GLS-Bank
IBAN: DE55 4306 0967 4007 2383 17
BIC: GENODEM1GLS
Stichwort: 1. Mai

V.i.S.d.P.: Carola Reimann, Weidenweg 60, 10247 Berlin

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.